35. Jahrgang. Bonn, Donnerstag, 25. Januar 1906. (Zweites Blatt.) Nr. 42

Deutſche Reichs-Zeitung.

Abonnements-Preis:
Erſcheint täglich zweimal, morgens 10 Uhr und abends 7 Uhr. Beilagen: illuſtr. Sonntagsblatt ꝛc., per Quartal Mk. 2.50 durch die Poſt bezogen. Ausland inkl. Porto Mk. 8, Oeſterreich-Ungarn, Luxemburg Mk. 6.
Drahtadreſſe: Reichszeitung Bonn.

Anzeigen-Preis:
Sämtliche Anzeigen finden Aufnahme im gemeinſamen Inſeratenteil der „Deutſchen Reichs-Zeitung“ und „Bonner Volkszeitung“ („Bonner Stadt-Anzeiger“). Preis: Lokale Anzeigen die Petitzeile 10 Pfg. Bekanntmachungen und Verkäufe 10 Pfg. Auswärtige 20 Pfg. Reklamen 60 Pfg. 142 Boten in 37 Ortſchaften, 1848 Poſtorten.
Geſchäftsſtelle: Sürſt 5.

Fernſprecher Nr. 60.

Wochenrundſchau.

(Nachdruck verboten.)

Das preußiſche Ordensfeſt hat einen reichen Ordensregen niedergehen laſſen; auch eine Anzahl Zentrumsabgeordneter (Graf Balleſtrem, Horn, Dr. Marcour) befanden ſich unter den Dekorierten. Nur einer, der auch ausgezeichnet worden wäre, iſt ſchon tags zuvor eingeſargt worden: Staatsſekretär Freiherr v. Richthofen, der den Folgen des Schlaganfalles erlegen iſt. Sein Nachfolger iſt bereits ernannt; es iſt der preußiſche Geſandte in Hamburg, von Tſchirſchki und Bögendorff, wohlgelitten beim Kaiſer. Solange Fürſt Bülow am Ruder iſt, bleiben die Fäden der auswärtigen Politik in ſeiner Hand und deshalb hat es keine hohe politiſche Bedeutung, wer ſein Gehülfe iſt.

Der „rote Sonntag“ hat vielen Leuten furchtbare Angſt eingeflößt; ihre Phantaſie ſah ſchon das Blut in Strömen fließen und doch iſt nur der Regen den ganzen Tag herniedergegangen. Kein Tropfen Blut iſt vergoſſen worden. In Groß-Berlin haben 93 Verſammlungen ſtattgefunden; die Redner proteſtierten recht heftig gegen das preußiſche Dreiklaſſenwahlrecht und die Verſammlungsbeſucher gingen ruhig nach Hauſe; nirgends eine Menſchenanſammlung, nirgends ein Auflauf. Wie in Berlin, ſo war es in ganz Preußen; die Demonſtration der Genoſſen iſt elendiglich ins Waſſer gefallen. Freilich in Hamburg ging es anders; dort iſt Blut gefloſſen und der Mob baute auch bereits Barrikaden; aber die Arbeiter hielten ſich fern. Geſindel der Großſtadt, das nichts zu verlieren hat, ſtand hier in erſter Linie. Auf der Straße machte ſich der „rote Sonntag“ nur dadurch geltend, daß man gar kein Militär ſah; alles war in den Kaſernen parat zum Ausrücken.

Der Reichstag hat ſich mit Kolonialfragen und den Anweſenheitsgeldern befaßt; für letztere ſei die Ausſicht günſtiger. Aber man hat dies ſchon ſo oft gemeldet; ehe wir nicht die erſten Diäten ſehen, glauben wir es nicht. In den Kolonialdebatten ſind der Regierung vom Zentrumsabgeordneten Erzberger herbe Wahrheiten geſagt worden; ſo hatte ſie durch die Ausgaben für Oſtafrika das Budgetrecht verletzt, ferner iſt der Aufſtand durch die falſchen Maßnahmen der Regierung direkt hervorgerufen worden. Bei der Kamerun-Eiſenbahnvorlage iſt feſtgeſtellt worden, daß die Angaben dieſes Abgeordneten über die Proviſionen in allen Teilen der Wahrheit entſprechen. Der Zentrumsabgeordnete Nacken konnte deshalb ohne jeden Widerſpruch konſtatieren, daß der Abg. Erzberger „glänzend gerechtfertigt“ aus der Debatte hervorgehe; er habe den Mut gehabt, die Proviſionsſache aufzudecken und zu verurteilen. Bei Beratung der Kamerun-Eiſenbahnvorlage iſt es ferner zu einer ſcharfen Auseinanderſetzung zwiſchen dieſem Abgeordneten und dem freiſinnigen Dr. Goller gekommen, der von „Pfaffenwirtſchaft“ ſprach, aber dann dieſen Ausſpruch wieder zurücknehmen mußte. Als dann das Militärpenſionsgeſetz zur Debatte kam, da ließ das Zentrum erklären, daß es ſich an der Debatte nicht beteilige; die Gründe für dieſes ungewöhnliche Verhalten könne der Reichstag und die Regierung ſelbſt ſuchen. Dieſe Erklärung ſchlug ein; man ſteckte die Köpfe zuſammen und fragte ſich: weshalb? Nun, die Antwort iſt ſehr einfach: ſolange der Reichskanzler das Duell für die Offiziere geradezu vorſchreibt, ſo lange iſt es einer chriſtlichen Partei unmöglich, auf dieſem Gebiete zu arbeiten. Erſt muß dieſes Hindernis entfernt werden, dann iſt die Bahn frei. Wann nimmt Fürſt Bülow ſeine Erklärung zurück?

In der auswärtigen Politik ſteht der Ausfall der engliſchen Wahlen in erſter Reihe; noch iſt das Geſamtreſultat nicht bekannt, und doch läßt ſich bereits ſagen, daß ſeit 80 Jahren in England kein ſolch innerer Umſturz ſich vollzogen hat, wie in dieſen Wochen. Die Konſervativen ſind ſeit mehr als 20 Jahren Herr des Landes geweſen und die Liberalen konnten ſie nur mit Hilfe der Iren zurückdrängen. Aber jetzt ſind die Konſervativen zerſchmettert und zermalmt; ſie verloren bereits über 150 Mandate. Die Liberalen und Freihändler bilden für ſich allein die Mehrheit; die Anhänger Chamberlains ſind ebenſo zu Boden geworfen. Die Siegeswelle der Liberalen ſchwillt täglich mehr an, ſo hoch, wie es ſelbſt ein Gladſtone nie erlebt hat. Das liberale Kabinett iſt ſomit auf Jahre geſichert und darin liegt auch eine erhöhte Garantie für den Weltfrieden; die heutigen Miniſter haben nicht nötig, ihre Macht durch Deutſchenhaß zu ſtützen! Chamberlain muß alle ſeine Hoffnungen begraben; er rechnete ſich eine Mehrheit bereits für dieſe Wahlen heraus; jetzt fehlt ihm hierzu gar alles . . . Neben den Liberalen hat die Arbeiterpartei unerwartete Erfolge erzielt; ſie wird ſich nun wohl als eine eigene dritte Fraktion etablieren und mit den gleichfalls geſtärkten Iren eine demokratiſche Linke bilden, ſo daß die hiſtoriſche Zweiteilung des engliſchen Unterhauſes bald aufhört; auch will ſie die jetzt üblichen Nachtſitzungen abſchaffen und bei Tage die Parlamentsarbeit vornehmen. Hiergegen proteſtieren bereits die vielen Londoner Rechtsanwälte und Kaufleute, die Abgeordnete ſind. England wird unter dem liberalen Regiment große Fortſchritte machen und dem Weltfrieden dienen.

Frankreich hat einen neuen Präſidenten auf 7 Jahre; es iſt der ſeitherige Senatspräſident Fallieres, der ſofort im erſten Wahlgange die Mehrheit erzielte. Sein Gegner Doumer muß ſich alſo mit dem Präſidium der Abgeordnetenkammer begnügen. Bei den heutigen Verhältniſſen iſt der Präſident der Republik nur eine Schachfigur in den Händen der einflußreichen Abgeordneten.

Die Marokko-Konferenz hat in Algeciras mit ihren Arbeiten begonnen, iſt aber bis jetzt nicht weit über die Formalien hinausgekommen. Man hofft aber, daß eine erſprießliche Arbeit in 4 Wochen geleiſtet ſein wird.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben bereits die Philippinen ſatt; ſie wollen dieſe an die Japaner abtreten. Es iſt eben ſehr leicht, Kolonien zu erwerben, und ſehr ſchwer, ſie gut zu verwalten.

Der Jahrestag der ruſſiſchen Revolution iſt ruhig abgelaufen; nur zwei verkleidete Attentäter, mit Dolchen bewaffnet, ſind im Winterpalais verhaftet worden. Aber die Kraft der Revolution flaut raſch ab.

In unſeren Kolonien iſt es immer noch unruhig; aus Südweſtafrika hört man gar nichts mehr, nur ſoll der Reichstag ſtets neue Gelder dorthin bewilligen. In Oſtafrika iſt der Aufſtand nahezu beendigt und der Kameruner Gouverneur wird am 1. Februar keinen freundlichen Empfang in Berlin finden.

K. Die Trennung von Kirche und Staat in Frankreich.

Der 1. Januar 1906 hat für das weſtliche Nachbarreich welthiſtoriſche Bedeutung; an ihm tritt das alte Konkordat außer Kraft; das Trennungsgeſetz hat Gültigkeit erlangt. Damit tut Frankreich einen Schritt, den bisher noch keine Kulturmacht Europas auf die Dauer unternommen hat. Die franzöſiſche Revolution ſtürmte wohl auch gegen die Kirche, warf Biſchöfe ins Gefängnis, ſetzte die Göttin der Vernunft auf die Altäre, aber ſchon 10 Jahre ſpäter wurde ein Papſt in Paris mit den größten Ehren aufgenommen, nachdem ſchon einige Jahre zuvor der große Korſe das Konkordat abgeſchloſſen hatte, das nun eben gelöſt worden iſt. Wenn die Vereinigten Staaten von Nordamerika die Trennung von Kirche und Staat haben, ſo hat man es hier mit einem neuzeitlichen Staatengebilde zu tun, das ſich bekanntlich in vielen Punkten mit europäiſchen Staaten nicht vergleichen läßt.

Nun hat Frankreich ſich gewaltſam und unter verſchiedenen Rechtsbrüchen von der Kirche losgeriſſen; aber bereits rüſtet es ſich, um wieder in die Kirche hineinregieren zu können. Bis jetzt galt es nämlich als unbeſtrittene Annahme, daß mit dem Außerkrafttreten des Konkordats die Schranken fallen würden, die der päpſtliche Stuhl ſeinem Rechte, die Beſetzung der biſchöflichen Stühle eines Landes auf dem Wege der Kirchengeſetzgebung zu regeln, vereinbarungsgemäß dadurch gezogen hatte, daß er die Ernennung der Biſchöfe Frankreichs dem 1. Konſul und deſſen Rechtsnachfolger in der Staatsregierung überließ. Man erörtert in vatikaniſchen Kreiſen bereits lebhaft die der Kongregation der außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten zur Begutachtung überwieſene Frage, ob es ſich empfehle, für die Zukunft das freie Beſetzungsrecht des Papſtes feſtzulegen, oder dem franzöſiſchen Diözeſanklerus jenen Einfluß auf die Ergänzung des Episkopates zugeſtehen, den das Inſtitut des Wahlrechtes der Domkapitel oder der Empfehlung des Kapitels und der Nachbarbiſchöfe in zahlreichen Staaten dem einheimiſchen Klerus gewährt. Nur wenige Staaten haben ja die Vergünſtigung, daß der Staatschef die Biſchöfe präſentiert: z. B. Oeſterreich-Ungarn, Spanien, Portugal, Bayern. Aus ihnen iſt Frankreich mit dem 1. Januar 1906 naturgemäß ausgeſchieden. In anderen beſteht das Wahlrecht in Kraft; hier ſeien genannt: Preußen, Baden, Württemberg. In vielen endlich ſteht kraft der Empfehlung dem Kathedralklerus oder dem Episkopat einer geſamten Kirchenprovinz das Recht zu, dem päpſtlichen Stuhl 3 Kandidaten vorzuſchlagen, ein Modus, der für ganz Amerika gilt und einem beſchränkten Wahlrecht nahekommt. Noch war keine Entſcheidung über dieſe höchſt wichtige Frage getroffen, als nun Frankreich einen höchſt inkonſequenten Schritt unternimmt. Es hat ſich von der Kirche ganz losgeſagt, hat die Kirche eines jeden öffentlichen Charakters entkleidet. Die Biſchöfe und Prieſter ſind nicht mehr Staatsbeamte, beziehen kein Gehalt vom Staate, werden nicht mehr mit öffentlichen Ehren wie ſeither empfangen; der Staat hat die Kirche zu einer Art Verein erklärt. Aber er will die Konſequenzen hieraus nicht ziehen; er will der Kirche nicht jene Freiheit geben, die man ſonſt Privatgeſellſchaften gibt. Die Kirche ſoll wohl ihrer Rechte entkleidet werden, aber keine Freiheit erhalten.

Eine der wichtigſten Fragen iſt gerade jetzt die Beſetzung der Biſchofsſtühle. Die ſeitherige Art der Beſetzung derſelben ließ manche „Staatsbiſchöfe“ erſtehen und Rom hat des lieben Friedens halber ſehr oft nachgegeben. Wer in Frankreich als Kleriker bei der herrſchenden Partei oder einem einflußreichen Deputierten gut angeſchrieben war, konnte mit Sicherheit darauf rechnen, daß er einen der nächſten freiwerdenden Biſchofsſtühle erhielt. Dieſe Vorkommniſſe erklären auch ſo manche Bitterkeiten, für die man ſonſt keine Antwort finden konnte. Nun hat die Regierung freilich nicht mehr das Recht der Präſentation und der Ernennung und ihr Einfluß auf die Beſetzung der Biſchofsſtühle iſt dahin. Aber eben geht ſie daran, ſich ein neues Recht zu konſtruieren, das Recht des Exequatur. Wie die italieniſche Regierung, ſo will auch ſie das Recht ſich nehmen Biſchöfe einfach nicht zu beſtätigen und ſie durch die Polizei an der Ausübung ihres biſchöflichen Amtes zu hindern. Dieſe Anmaßung ſteht auf derſelben Höhe, wie wenn die franzöſiſche Regierung ſich erlauben wollte, den Vorſtand eines Privatvereins, einer Aktiengeſellſchaft nicht anzuerkennen. Bei allen Trennungsdebatten iſt hundertmal betont worden, daß die Kirche nicht geknechtet werden ſoll; ſie ſoll frei und unabhängig werden. „Die freie Kirche im freien Staat“ war das große Schlagwort! Jetzt erfährt man ſchon, wie dies ausſehen ſoll; „die geknechtete Kirche im freien Staat“ muß es heißen! Es iſt ja ein eigenartiges Schauſpiel, wie der franzöſiſche Staat das Recht für ſich in Anſpruch nimmt, die Ausübung des von Rom aus übertragenen biſchöflichen Amtes an ſeine Anerkennung zu knüpfen, während er amtlich die Exiſtenz der Biſchöfe ignoriert, ihrer im Trennungsgeſetze überhaupt gar nicht Erwähnung getan und ſo den Anſchein erweckt hat, als ſei ihm nichts gleichgültiger, als, wie die Kirche in Zukunft ihre Kämpferſcharen organiſiert und wen ſie zu deren Führung beruft.

Frankreich hat ſich noch nicht definitiv entſchieden, ob es das Recht der Nichtanerkennung beanſprucht, aber die führenden Kreiſe daſelbſt ſind an der Arbeit, ein entſprechendes Staatsgeſetz zu erlaſſen, ein Geſetz, das im größten Widerſpruch ſteht mit dem am 1. Januar 1906 in Kraft getretenen Trennungsgeſetz. Wer die franzöſiſchen Kulturkämpfer kennt, der zweifelt auch gar nicht daran, daß ſie ein ſolches Geſetz geben werden. Nur eins iſt dadurch in helle Beleuchtung geſetzt worden: die Heuchelei der Kulturkämpfer aller Länder! Es gibt ja auch bei uns in Deutſchland Leute, die für die in Frankreich vollzogene Trennung von Staat und Kirche ſchwärmen und recht innig verſichern, daß hierdurch die Kirche nur freier und unabhängiger werde. Jetzt ſieht man in Frankreich, was hiervon zu halten iſt. Erſt entkleidet man die Kirche aller öffentlichen Rechte, der Staat hält die eingegangenen Verpflichtungen nicht mehr ein, er ſtreicht insbeſondere den Kultusetat, der nur ein verſchwindend kleiner Zins der ſäkulariſierten Kirchengüter iſt und ſolange er ſich ſo mit ungerechtem Gute bereichert, ruft er ſtets: Freiheit für die Kirche und für den Staat! Iſt aber letzterer ſeiner Verbindlichkeiten los, ſo beſinnt er ſich plötzlich, daß er die Polizei in ſeiner Hand hat und regiert nun ſofort in die innerſten Verhältniſſe der Kirche hinein. Draſtiſcher könnte die Heuchelei ſolcher Leute gar nicht erwieſen werden. Was ſich in Frankreich vollzogen hat und jetzt vollzieht, iſt ein drohendes Flammenzeichen für die deutſchen Katholiken, die daraus erſehen, wie nur die eigene Kraft und die enge Zuſammengehörigkeit ſie vor ähnlichen unliebſamen Erſcheinungen ſchützen kann. Den franzöſiſchen Kulturkämpfern iſt das Brandmal der elenden Heuchelei aufs neue auf die Stirn gebrannt!

Deutſcher Reichstag.

25. Sitzung vom 24. Januar.

Am Bundesratstiſch befindet ſich zu Beginn der Sitzung niemand.

Der Reichstag nimmt definitiv in dritter Leſung den Zentrumsantrag betreffend die Gewährung von Diäten und freie Eiſenbahnfahrt für die Reichstagsabgeordneten an. Die Debatte beſchränkt ſich auf die Bemerkung des ſozialiſtiſchen Abg. Hoffmann, daß er ſich keineswegs gegen die Gewährung von Diäten ausgeſprochen habe.

Es folgt die erſte Beratung des ebenfalls vom Zentrum eingebrachten Geſetzentwurfes betreffend

Freiheit der Religionsübung (Toleranzantrag).

Abg. Bachem (Ztr.) beſchwert ſich über die Haltung des Bundesrates gegenüber dem Antrage. Der Bundesrat begründe ſeine ablehnende Haltung ſtets damit, daß die Materie auf dem Wege der Landesgeſetzgebung geregelt werden müſſe. Wie verhalten ſich nun aber die Einzelſtaaten in dieſer Hinſicht? In Mecklenburg ſind die Verhältniſſe ja etwas beſſer geworden, dafür ſind wir dankbar; aber in Braunſchweig ſind trotz einiger Verbeſſerungen die Verhältniſſe noch ſchlechter geworden. Dort darf ein auswärtiger katholiſcher Geiſtlicher nicht amtieren, ohne daß er eine außerordentliche Erlaubnis beſitzt und der Behörde gegenüber ein Gelöbnis ablegt, die Geſetze des Herzogtums zu reſpektieren. Unter Ausführung einer Reihe Einzelfälle beklagt Redner, daß in Braunſchweig eine unerträgliche ſtaatliche Bevormundung der Katholiken ſtattfinde. Deutſchland ſtipulierte in den Handels- und Niederlaſſungsverträgen mit allen möglichen Ländern Kultus- und Gewiſſensfreiheit; infolgedeſſen genießt ein Katholik aus Nicaragua oder Honduras, in Sachſen oder Braunſchweig mehr Religionsfreiheit als ein katholiſcher Badenſer oder Preuße. (Heiterkeit.) Wir verlangen eine rein ſtaatsbürgerliche Toleranz in einem den modernen Kulturverhältniſſen entſprechenden Umfange. Man hält uns immer die Inquiſition und die Ketzerverbrennung vor. Letztere erfolgte ſtets nur auf Grund der ſtaatlichen Geſetze und war nie eine Einrichtung der katholiſchen Kirche. Wie das Mittelalter ſelbſt nicht wiederkehren wird, wird auch dieſe Geiſtesrichtung nicht wiederkehren. Andererſeits beſtand der engliſche Blutcodex gegen die Katholiken bis Mitte des 19. Jahrhunderts. Unſer Antrag wird auch den Proteſtanten nützen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. David (Soz.): Wir ſind geneigt, dem Antrage zuzuſtimmen eventuell auch ohne Kommiſſionsberatung, haben aber einige Bedenken. Im Vorjahre machte die Kommiſſion den vierten Paragraphen noch, daß kein Kind ohne den ausdrücklichen Willen der Erziehungsberechtigten zur Teilnahme an einem Religionsunterricht angehalten werden kann. Dadurch wurden nicht nur die Diſſidenten geſchützt, ſondern auch die Eltern, die Religionsgemeinſchaften angehören, aber die Kinder vom Religionsunterricht fernhalten wollen, welcher, wie er heute in den Schulen betrieben wird, eine Quälerei iſt. Der jetzige Zentrumsantrag verbietet nur den Zwang der Teilnahme am Religionsunterricht, welcher der religiöſen Ueberzeugung der Erziehungsberechtigten nicht entſpricht. Dieſe Ueberzeugung ſchützt bloß noch die Diſſidenten, nicht aber die Eltern, welche, um eine ſchwere wirtſchaftliche Schädigung zu vermeiden, das formelle Band zwiſchen ſich und der Kirche nicht löſen können. Wir verlangen daher Wiederherſtellung der früheren Faſſung. Wir haben ferner Bedenken gegen den § 12 des Antrages, wonach die religiöſen Genoſſenſchaften uſw. keinerlei Genehmigung bedürfen. Wir haben den Verdacht, dies ſoll zur Gründung von Kloſterſchulen benutzt werden. Wir gehen aber nicht auf dieſen Leim. Wir ſind für Trennung von Staat und Kirche aber für die Staatsſchule. Die konfeſſionelle Schule iſt eine Pflanzſchule der Intoleranz. (Widerſpruch im Zentrum und rechts.) Daß das Zentrum nicht mehr die Inquiſition will, iſt nicht ſein Verdienſt, ſondern das Verdienſt der von ihm geſchmähten Wiſſenſchaft. Aber eine Intoleranz ſchlimmſter Art iſt es, daß das Zentrum ſeiner Zeit bei Beratung der Umſturzvorlage Gefängnis- bezw. Geldſtrafen für jeden verlangte, der öffentlich das Daſein Gottes und die Unſterblichkeit der Seele leugnet. Uebrigens, wenn der Bundesrat dem Willen der Reichstagsmehrheit nicht zuſtimmt, warum verweigert das Zentrum nicht das Budget oder die Miniſtergehälter? (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatsſekretär Graf Poſadowsky: Der Abg. Bachem fragte, warum aus der letzten Nachweiſung der Bundesratsentſchließungen nach den Reichstagsbeſchlüſſen nicht erſichtlich iſt, was aus dem Toleranzantrage von 1902 geworden iſt. Der Bundesrat teilte im Jahre 1904 dem Reichstage mit, daß er ſich darüber noch nicht ſchlüſſig gemacht habe. Aus den ſteten Veränderungen, welche der Antrag im letzten und im jetzige nReichstage durchgemacht hat, erhellt, wie die Auffaſſung des Hauſes ſich geändert hat und daß eine weſentliche Aenderung des Inhalts des Geſamtantrages eingetreten iſt. Nachdem der Bundesrat ſich bisher nicht ſchlüſſig geworden iſt und dies dem Hauſe mitgeteilt hat, lag für ihn nach der bisherigen Praxis keine Veranlaſſung vor, eine neue Erklärung abzugeben. Das geſchieht nur, wenn eine Aenderung in der bis jetzt mitgeteilten Auffaſſung des Bundesrates eingetreten iſt. Der Bundesrat konnte wohl auch kaum ſich über einen vom letzten Reichstag angenommenen Antrag ſchlüſſig machen, nachdem der jetzige Reichstag ihn durch einen neuen Antrag erſetzte. Daraus folgt keineswegs, daß der Bundesrat in der Sache nicht noch anders beſchließen wird. Es handelt ſich um kein Verſehen, um keine unfreundliche Handhabung des Bundesrates, ſondern nur um die Befolgung der bisherigen Praxis.

Abg. Heyl zu Herrnsheim (natl.): Die Nationalliberalen ſind gegen den Antrag; auch gegen die Kommiſſionsberatung. Der Antrag würde die nach ſchweren Kämpfen errungene Kirchenhoheit und Schulhoheit des Staates beſeitigen. Wir erhoffen jedoch Beſeitigung der in den Bundesſtaaten noch beſtehenden Mißſtände.

Abg. Henning (konſ.): Die Konſervativen können, zumal in den heutigen Zeiten, die Hand nicht bieten, zu einer teilweiſen Zertrümmerung der ſtaatlichen Ordnung, welche im Aufgeben der hiſtoriſch erwachſenen Kirchenhoheit des Staates liegt. Der heutige Toleranzantrag geht über das urſprüngliche Maß hinaus. Wir können es nicht mitmachen, daß auf dieſem Wege durch Reichsgeſetz bundesſtaatliche Rechte einfach aufgehoben werden.

Abg. Müller-Meiningen (freiſ. Vp.): Seine Partei ſtehe dem erſten Teil des Antrages ſympathiſch gegenüber, lehne aber den zweiten Teil ab. Die vom Zentrum verlangte Freiheit darf nicht zur ärgſten politiſchen Intoleranz werden, was auf dem Spiel ſteht, wenn der Antrag Geſetz wird.

Eine derartige Verblendung verurteile ich aufs ſchärfſte, obwohl ſie auf evangeliſcher Seite auch vorkomme, wie die Fälle Römer und Fiſcher beweiſen. Das Zentrum benutzt die Kanzel zu politiſchen Kampfzwecken. (Abg. Oſel (Zentr.) ruft dazwiſchen: Das machen die Proteſtanten genau ſo.) Iſt es denn Sünde, eine andere als abgeſtempelt klerikale Zeitung zu leſen oder gar auszutragen, wie es in Bayern hingeſtellt wird? (Zwiſchenrufe aus dem Zentrum.) In Enſisheim wurden einem Manne aus ſolchem Grunde die Sakramente verweigert. In einem Erbauungsbuche des Paters Fritſchau entdeckte ich das tollſte an gemeiner Demagogie gegen Andersdenkende. Was ich geſehen habe, das können Sie nicht leugnen, weil das Buch approbiert iſt; da können Sie nur grunzen. (Heiterkeit.) Mir iſt auch die Stellung der Sozialdemokratie unverſtändlich, ihre franzöſiſchen Genoſſen werden darüber ſtaunen. Das Zentrum ſpricht, wo es ſich um die Konfeſſion handelt, von einer Achtung der Rechte der Eltern, aber es fragt bei der Simultanſchule nicht danach. Mit der Trennung von Kirche und Staat wäre beiden am wohlſten.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Wir wünſchen ſchnellſte Beſeitigung der gerügten Mißſtände und haben die ſchwerſten Bedenken gegen eine Antaſtung der Landrechte.

Abg. Schrader (Freiſ. Vgg.): Der erſte Teil des Antrags enthält Forderungen, die jeder Liberale unterſtützen kann, der zweite Teil iſt ſehr bedenklich.

Abg. Blumenthal (Elſ. Vp.) bemerkt, im Strafrecht hat auch der Staat den Vorſprung. Er ſtraft die Majeſtätsbeleidigung ſchwerer als die Gottesläſterung. (Heiterkeit.) Das richtigſte an Bachems Rede war die einleitende Bemerkung, es handle ſich um den ſogenannten Toleranzantrag. (Heiterkeit.) Der Antrag ſollte die Ueberſchrift tragen: Neuregelung des ſtaats-kirchlichen Konzeſſionsweſens. Mit einigen Forderungen, wie z. B. der Freiheit der Religionsübung, bin ich einverſtanden. Im übrigen kann die heutige Debatte nur dazu beitragen, das Publikum über die wahren Abſichten des Zentrums aufzuklären.

Nach weiteren Bemerkungen Davids (Soz.) und des Frhrn. v. Heyl (nl.) vertagt das Haus die Weiterberatung auf morgen: 3. Leſung der Vorlage betr. Statiſtik des Warenverkehrs und Maß- und Gewichtsordnung, ferner Vorlage betr. die Wertbeſtimmung der Einfuhrſcheine, Urheberrecht für Werke der Photographie.

Schluß 6¼ Uhr.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

12. Sitzung vom 24. Januar.

Am Miniſtertiſche Landwirtſchaftsminiſter v. Podbielski.

Das Haus ſetzt die Beratung des

Etats der Landwirtſchaft

bei dem Titel „Miniſtergehalt“ fort.

Abg. Schröder (nl.) weiſt auf die Wichtigkeit der Frage der landwirtſchaftlichen Arbeiterwohnungen hin und wünſcht, daß die Landesverſicherungsanſtalten die Bau-Genoſſenſchaften für landwirtſchaftliche Arbeiterwohnungen durch Darlehen unterſtützen.

Die Ausführungen des Abg. Wolff-Metternich bleiben vollſtändig unverſtändlich.

Abg. v. Saldern (konſ.) wünſcht eine Aenderung in der Ermittelung der amtlich zu veröffentlichenden Durchſchnittskornpreiſe, da dieſelben für die jetzigen Verhältniſſe nicht mehr zutreffen.

Abg. Bruett (freiſ.) beſchwert ſich über ein von der bisherigen Praxis abweichendes Erkenntnis eines Oberverwaltungsgerichtes, wodurch die Ausübung der Jagd in einem gemeinſchaftlichen Jagdbezirk durch ein Trennſtück eines einzelnen Jagdbezirkes in unliebſamer Weiſe erſchwert wird.

Abg. Glatzel (nl.) erkennt das Beſtreben der Regierung an, die Verkehrsverhältniſſe auf dem Lande durch den Bau von Nebenbahnen zu verbeſſern; wünſchenswert wäre es jedoch, in noch höherem Maße für die Förderung des Wegebaues Staatsmittel einzuſtellen. Die Statiſtik über die Verſchuldung der Landwirtſchaft verdient größere Beachtung und einen weiteren Ausbau, da ſie dazu beitragen kann, die Lage der Landwirtſchaft durch Entſchuldung dauernd zu beſſern.

Abg. Frhr. v. Eynatten (Zentr.) beſchwert ſich über die Verpachtung inländiſcher Jagden an Ausländer.

Abg. Hennigs (konſ.) bedauert, daß gewiſſe Polizeiverordnungen über die Milchkontrolle lediglich zu Beläſtigungen des Publikums führten, ohne dem Zwecke der Verhütung von Geſundheitsentſchädigungen zu dienen.

Landwirtſchaftsminiſter v. Podbielski: In Oſtpreußen iſt ſchon viel für die Verbeſſerung der Wohnungsverhältniſſe der Landarbeiter geſchehen; hoffentlich wird uns ein Gleiches auch in den anderen Provinzen gelingen. Die Getreidepreisnotierungen ſind heute nicht immer einwandsfrei; doch läßt ſich das Verfahren nur auf dem Wege eines neuen Geſetzes, nicht einer miniſteriellen Verordnung ändern. Die Schmalſpurbahnen haben im allgemeinen für die Landwirtſchaft nicht den Nutzen der normalſpurigen Nebenbahnen, weil durch das Umladen große Nachteile entſtehen. Anregungen zur Förderung des Wegebaues werde ich immer unterſtützen. Ein zerriſſener Jagdbezirk iſt das Zerrbild eines ſolchen und liegt auch nicht im Intereſſe der Gemeinden; es ſchweben Verhandlungen, wie dieſem Uebelſtande abzuhelfen iſt. Nach dem Geſetz unterliegen Jagdpachtungen durch Ausländer der Genehmigung der Aufſichtsbehörden, d. h. der Landräte. Ich werde auch weiterhin alle Fragen im Intereſſe der Landwirtſchaft nach beſtem Wiſſen beantworten. (Beifall.)

Abg. Engelmann (nl.): Der augenblicklich ſchwer darniederliegende Weinbau muß auch in Preußen dieſelbe ſtaatliche Förderung erfahren, wie in den anderen deutſchen Staaten; insbeſondere muß die Kellerkontrolle von Beamten im Hauptamte vorgenommen werden. Der Weinbau darf nicht noch durch eine Weinſteuer geſchädigt werden.

Abg. Dasbach (Zentr.): Der Fall Sartorius hat den geſamten Weinhandel ſchwer geſchädigt. Das Mißtrauen kann nur durch die Einführung einer Kellerkontrolle beſeitigt werden, die nicht von Polizeiorganen, ſondern von ſachkundigen Beamten vorgenommen wird. Redner greift ſodann die Statiſtik der Verſchuldung der Landwirtſchaft für Rheinland als zu niedrig an.

Abg. Leppelmann (Zentr.): Die Unvollſtändigkeit der Verſchuldungsſtatiſtik hat der Landwirtſchaftsminiſter ſelbſt zugegeben. Das Intereſſe des Miniſters für den ländlichen Wegebau iſt freudig zu begrüßen; leider hat er nicht allein zu entſcheiden.

Miniſter v. Podbielski: Die beiden Materien Wein und Milch unterſtehen in erſter Linie dem Kultusminiſter; da es ſich um Nahrungsmittel handelt, werde ich dem Kultusminiſter von dieſen Ausführungen eingehend Kenntnis geben. Der Prozeß Sartorius und die ganze Temperenzler-Bewegung, deren Berechtigung ich hier nicht beſprechen will, (Heiterkeit) wird natürlich auf den Abſatz der Weine wirken. Eine Kellerkontrolle wäre von hoher Bedeutung, aber ſie iſt ein ſehr ſchwieriges Ding. Ich bin gern bereit, die Anregung für eine ſtrengere Kellerkontrolle mit Anſtellung von Kontrollbeamten zu unterſtützen und hoffe, daß die Materie bald geordnet wird. Bei der landwirtſchaftlichen Verſchuldungsſtatiſtik ſind nur die größeren Beſitzer berückſichtigt worden, ſie bietet nur eine Grundlage für die Beurteilung unſerer ländlichen Verhältniſſe. Auf der Statiſtik neue Geſetze aufzubauen, liegt mir vollkommen fern.

Abg. Wolff-Metternich (Ztr.) iſt der Anſicht, daß einer Reichsweinſteuer verfaſſungsmäßige Bedenken entgegenſtehen.

Abg. Dahlem (Ztr.) ſpricht ſich ebenfalls für die Kellerkontrolle aus und möchte ferner den Miniſter darauf aufmerkſam machen, daß bei künftigen Strombauten im Rhein auf die Fiſchzucht Rückſicht genommen werden muß.

Damit ſchließt die Debatte.

Das Miniſtergehalt wird bewilligt.

Bei den Ausgaben für die Generalkommiſſion bittet

Abg. Reck (k.) die Regierung um ein Geſetz, nach dem es den unbemittelten bäuerlichen Beſitzern ermöglicht wird, den Domänenzins durch die Amortiſationsrente abzulöſen.

Abg. Wallenborn (Ztr.) empfiehlt Beſſerſtellung der Spezialkommiſſare.

Abg. Stockmann (konſ.) tritt für Beſſerſtellung der Generalkommiſſionsſekretäre und

Abg. Marx (Ztr.) für die Beſſerſtellung der Spezialkommiſſare ein.

Nachdem die Abg. Kirſch (Ztr.) und Pappenheim (konſ.) ſich in ähnlichem Sinne geäußert hatten, wird der Titel angenommen.

Wir weiſen ganz beſonders auf dieſes neue hochintereſſante Feuilleton hin, welches von ausnehmend feſſelnder Eigenart iſt.

Das Diamantauge.

Ein indiſcher Roman von C. C. S. 1

(Nachdruck verboten.)

1. Kapitel.

„Djarleep Singh.“

„Halloh, Mr. Barton!“

Von einer hellen und ſcharfen Stimme ausgeſtoßen, ſchallten dieſe Worte über den nördlichen Teil des „Maidan“, jener herrlichen Esplanade Kalkuttas, einem jungen, ſchlanken Engländer nach, der anſcheinlich dem in der Nähe des vizeköniglichen Palaſtes gelegenen Great Eaſtern-Hotel zuſtrebte.

Der Angerufene fuhr leicht zuſammen, wie ein Menſch, dem in Sinnen verloren, ſich unerwartet aus ſeiner Gedankenwelt in die Wirkliche zurückverſetzt findet. Sein hübſches, gebräuntes, mit einem kleinen, ſchwarzen Bärtchen auf der Oberlippe verſehenes Antlitz wandte ſich der Richtung zu, aus welcher der Ruf an ſein Ohr gedrungen war.

Durch die zahlreiche Menge, welche zu dieſer Stunde die Alleen des Maidan bevölkerte, ſchob ſich haſtig ein Europäer mit raſiertem Geſicht und ſcharfblickenden klugen Augen.

„Alſo hab' ich mich nicht getäuſcht,“ klang die helle Stimme noch einmal. „Wer in dieſem Gewühl, umringt von dem Geräuſch von ein paar Dutzend Sprachen, träumend einherſchreiten kann, der kann eben nur Mr. Francis Barton ſein, der Mann, der auszog, um die Geheimniſſe Indiens kennen zu lernen. Ja, laſſen Ihnen denn Brahma, Wiſchnu und Siwa ſelbſt an dieſem herrlichen Tage auf Kalkuttas offener Esplanade keine Ruhe?“

Dem Ton der Stimme, welche dieſe Worte ſprach, fehlte jede Beimiſchung von Spott.

„Sie ſind es, Mr. Forreſter?“ ſagte der Angeredete lächelnd, als er in ſeinem Gegenüber den Inſpektor der britiſchen Geheimpolizei, Mr. Forreſter, erkannte, einen Mann, gleich ihm ſelbſt wenig über die Dreißig hinaus, der den Ruf einer beſonderen Tüchtigkeit und Kaltblütigkeit in ſeinem ſchwierigen Berufe beſaß. „Wirklich, es iſt mir lieb, Sie zu ſehen!“

Francis Barton fühlte ſich in der Tat dem Beamten, in deſſen Begleitung er zu häufigen Malen ſeine Studiengänge in der Palta, der „ſchwarzen“ oder Eingeborenen-Stadt Kalkuttas und in deren zahlloſen Opiumhöhlen gemacht hatte, zu Dank verpflichtet.

„Im übrigen,“ ſo fuhr er fort, „gingen Sie in Ihrer Annahme, daß die Götter der Inder mich ſelbſt in dieſem Augenblicke beſchäftigten, gar nicht ſo fehl. In dieſem wunderbaren Lande lenkt ja jeder Blick die Gedanken auf jene Zeit, in der Brahma noch allein hier herrſchte. Aber wiſſen Sie auch, Mr. Forreſter, daß Sie mir gar nicht zu gelegener Zeit begegnen konnten?“

„Wirklich?“

„Und daß ich heute noch oder morgen Sie aufgeſucht haben würde?“

„O,“ meinte Mr. Forreſter mit einem ſchnellen forſchenden Blick auch einmal über andere Dinge reden kann, als die hier unter den auf die Züge Mr. Bartons, die ihn der ſonſt gewohnten Friſche zu entbehren ſchienen und die nachdenklicher als ſonſt waren. „Hoffentlich iſt es nicht der Beamte in mir, den Sie aufſuchen wollen.“

„Nein,“ erwiderte Francis Barton und fuhr leiſer fort: „Nicht den Beamten, ich wollte in Ihnen den Mann ſuchen, mit dem man Europäern üblichen. Haben Sie eine halbe Stunde Zeit für mich?“

„Eine ganze, wenn Sie wollen, Mr. Barton,“ war die ſchnell gegebene Antwort des Polizeiinſpektors, „und ich darf hinzufügen, daß ich ſie Ihnen mit aufrichtigem Vergnügen zur Verfügung ſtelle.“

„Dann laſſen Sie uns drüben auf der Veranda meines Hotels eine ſtille Ecke aufſuchen. Ich möchte den Blick auf den Maidan haben, während ich Ihnen etwas erzähle, was mich augenblicklich ſtark beſchäftigt.“

„Natürlich hängt das wieder mit Ihren indiſchen Kult-Studien zuſammen?“

„Ja!“

„Wahrhaftig, Mr. Barton,“ meinte Forreſter lachend, „ich glaube, es gibt wenig Engländer, die eine ſolche Vorliebe für Kalkutta und ſeine religiöſen Geheimniſſe beſitzen wie Sie. Wiſſen Sie übrigens auch, daß man mich ſchon gefragt hat, ob Sie einen Tropfen indiſchen Blutes in den Adern haben?“

Francis Barton wandte ſich ſo jäh ſeinem Begleiter zu, daß dieſer raſch hinzufügte:

„Um Gotteswillen, Sie deuten doch dieſe Worte nicht übel?“

„Keineswegs, trotzdem mich eine ſolche alberne Mutmaßung überraſcht.“

„Auch wenn ich Ihnen geſtehe, daß ich ſelbſt, als ich zuerſt die Ehre hatte, Ihre Bekanntſchaft zu machen, ſie teilte?“

„Sie, Mr. Forreſter?“ rief Barton und in ſeinem Antlitz prägte ſich unverhohlenes Erſtaunen aus. „Sie ſind der erſte, von dem ich ſie ausſprechen höre!“

„Das wundert mich!“ ſagte der Polizeiinſpektor ruhig. „Ihre Geſtalt freilich verleugnet den Engländer nicht, aber in Ihrem Antlitz liegt ein Anflug vom indiſchen Typus. Ich weiß, Sie haben als Kind ſchon nicht die weiße Haut gehabt, wie Ihre Mitſchüler.“

„In der Tat nicht,“ erwiderte Francis Barton mit ſichtlicher Betroffenheit. „Ich erinnere mich, daß ſie mich oft mit meinem bräunlichen Teint neckten.“

„Und doch waren Ihre Eltern Engländer?“

„Vater wie Mutter.“

„Und Ihre Eltern lebten nie in Indien?“

„Ach,“ ſagte Barton, „ich weiß eigentlich ſo wenig von meinen Eltern. Ich glaube gehört zu haben, daß meine Mutter in ihrer Jugend in einer der weſtlichen Provinzen Indiens gelebt hat, in Cawnpore oder in Lucknow oder in Allahabad. Ob mein Vater je indiſchen Boden betreten hat, weiß ich nicht. Er war ein Sonderling, und ich fürchte, in der Ehe meiner Eltern fehlte die rechte Harmonie. Denn auch meine Mutter, die noch im Alter von einigen vierzig Jahren eine Frau von ſeltener Schönheit war, war zu den wenigen Malen, da ich zu Hauſe war, meiſt ſchweigſam und in ſich gekehrt. Ich kam ſchon in jungen Jahren in eine unſerer erſten Erziehungsanſtalten und habe nur wenige meiner Ferien daheim verlebt. Sie ſehen alſo, Mr. Forreſter, wie abſurd Ihre Annahme war.“

Ein feines Lächeln umſpielte die Lippen des Polizeiinſpektors. Während ſie nebeneinander dem Hotel entgegenſchritten, dem faſhionabelſten der Hauptſtadt Bengalens, warf er leicht eine andere Frage hin:

„Und Ihre Eltern leben nicht mehr, Mr. Barton?“

Ein Schatten glitt über das ſchöne Antlitz ſeines Begleiters.

(Fortſetzung folgt.)

Zum Titel Ausgaben für landwirtſchaftliche Lehranſtalten bemerkt

Miniſter v. Podbielſki, die Winterſchulen erteilen den Bauernſöhnen theoretiſchen Unterricht, nachdem ſie bei ihrem Vater ſich die praktiſchen Kenntniſſe erworben haben, ohne daß ſie dauernd von der väterlichen Scholle ferngehalten werden, wie auf den höheren Landwirtſchaftsſchulen. Die Fortbildungsſchulen ſollen vor allem die allgemeine Bildung verbreiten und auf die Winterſchule vorbereiten. Die aufgeſtellten Mittel ſollen nicht nur dazu dienen, in Gegenden, die bisher keine ſolche Schulen hatten, dieſe zu errichten, ſondern ſollen auch in anderen Gegenden dieſe Schulen fördern. (Beifall.)

Abg. Hirth (konſ.): Am beſten wäre es, wenn wir in jeder Kreisſtadt eine Winterſchule hätten. Auch Fortbildungsſchulen und Kurſe wären von ſehr guter Wirkung.

Abg. Lotichius (nl.): Gegenüber den großen Ausgaben für die gewerblichen Fortbildungsſchulen müßten mehr Mittel für das ländliche Fortbildungsſchulweſen eingeſtellt werden.

Abg. Dahlem (Zentr.) bittet, den Obſtzüchtern in Heſſen-Naſſau, die unter der letzten, ſehr ſchlechten Ernte litten, im Frühjahr zinsloſe Darlehen zu gewähren und Obſtbaukurſe zu unterſtützen.

Miniſter v. Podbielſki erkennt die hohe Bedeutung der Fiſchzucht für die Ernährung der Bevölkerung an. Er ſei bereit, wiſſenſchaftliche Anſtalten, die ſich mit der Hebung der Fiſchzucht befaſſen, zu fördern. Bei den Fortbildungsſchulen handle es ſich zunächſt um die obligatoriſche Einführung. Ich glaube, man muß erſt längere Erfahrungen ſammeln. Wir dürfen die Fortbildungsſchulen nicht zu landwirtſchaftlichen Schulen machen, da doch auch viele Handwerker auf dem Lande wohnen. Die Wanderkurſe erfüllen dieſen Zweck nicht genügend. Jede Fortbildungsſchule erfordere etwa 80 Mark Zuſchuß. Im ganzen haben wir etwa 8000 Fortbildungsſchulen. Die Träger des landwirtſchaftlichen Unterrichtsweſens ſind die Landwirtſchaftskammern. Wir können nur allmählich mit der Ausbildung eines guten Lehrperſonals vorgehen. Innerhalb 15 Jahren werden wir hoffentlich in jede mKreiſe eine Winterſchule haben. Die Angelegenheit wegen der Obſtbauer in Heſſen-Naſſau, die Verluſte erlitten haben, bitte ich zunächſt den Landwirtſchaftskammern zu unterbreiten. Ich freue mich über die reichen Anregungen, die hier im Hauſe gegeben worden ſind. Nur in gemeinſchaftlicher Arbeit werden wir vorwärts kommen. Wenn ich einmal aus dem Leben ſcheide, hoffe ich, daß die Landwirtſchaft ein proſperierendes Gewerbe ſein wird. (Beifall.)

Abg. Berthold (freiſ. Vp.): Den Landwirten fehle noch zu ſehr das Verſtändnis für die Fortbildungsſchule. Der Wert dieſer Schulen müſſe den Landwirten erſt dadurch klar gemacht werden, daß mehr Wanderlehrerangeſtellt werden.

Darauf werden die Ausgaben für den landwirtſchaftlichen Unterricht bewilligt.

Nächſte Sitzung am 31. Januar: Fortſetzung und Juſtizetat. — Schluß 4½ Uhr.

Herrenhaus.

Eine Interpellation des Mitgliedes Graf Finck von Finckenſtein betreffend die Bekämpfung der Sozialdemokratie iſt eingegangen und ſoll auf die Tagesordnung vom Donnerstag geſetzt werden. Es folgt der mündliche Bericht der Geſchäftsordnungskommiſſion betreffend die Ermächtigung zur Strafverfolgung des Schriftleiters der Tribüne in Erfurt, Max von Loſewski, wegen Beleidigung des Herrenhauſes.

Der Berichterſtatter Oberbürgermeiſter Marx-Düſſeldorf empfiehlt namens der Kommiſſion die Verweigerung der Genehmigung, da es ſich in dem fraglichen Artikel „Das preußiſche Schandparlament“ um eine Beleidigung handelt, wie man ſie nur in Preßorganen niedrigſten Grades gewohnt iſt. Der Antrag der Kommiſſion wird debattelos angenommen.

Es folgt ein mündlicher Bericht der Finanzkommiſſion betreffend den Lotterievertrag mit den zur heſſiſch-thüringiſchen Lotteriegemeinſchaft vereinigten Staaten und Reuß j. L.

Nach dem Referenten Grafen Kayſerling-Neuſtadt werden die Verträge debattelos genehmigt.

Darauf erſtattet v. Winterfeld-Menkin Bericht über die Verhandlungen der Matrikularkommiſſion und über die ſeit der Erſtattung des letzten Matrikelberichts vorgekommenen Perſonalveränderungen.

Das Haus nimmt debattelos von dem Berichte Kenntnis.

Es folgt der Bericht der Kommiſſion über den Geſetzentwurf über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienſt.

Dr. v. Dziembowſki referiert über die Kommiſſionsverhandlungen. Es ſeien zwar nur redaktionelle Aenderungen vorgenommen, aber doch mehrere Wünſche geäußert worden, auf Grund deren der inzwiſchen eingereichte Antrag Fuß und Dr. Hamm eine geſetzliche Neuregelung fordert, durch welche gleichzeitig die Vorbereitung zum höheren Verwaltungsdienſt und zum höheren Juſtizdienſt gefordert wird. Weiter wurde in der Kommiſſion eine Vertiefung der ſtaatswiſſenſchaftlichen Vorbildung zum Verwaltungsdienſt gewünſcht. Die Mehrheit der Kommiſſion iſt jedoch der Regierungsvorlage beigetreten und empfiehlt die Annahme des Geſetzes.

Dr. Hamm-Bonn empfiehlt die Ablehnung der Vorlage, da eine neunmonatige Tätigkeit beim Amtsgericht völlig ungenügend ſei und deshalb ſei die Vorlage keine Verbeſſerung, vielmehr bedeutet ſie eine große Verſchlechterung gegenüber dem beſtehenden Zuſtande.

Prof. Dr. Loehning aus Halle empfiehlt ebenfalls Ablehnung der Vorlage; ihr fehle das Fundament, namentlich die genügende juriſtiſche Schulung und eingehende juriſtiſche Prüfung der jungen Verwaltungsbeamten. Die Freiheit des Studiums dürfe nicht in Schrankenloſigkeit ausarten. Dieſe Gefahr werde aber durch die Vorlage noch vergrößert.

v. Webell-Piesdorf ſtimmt dem bei, daß die Vorbildung der Juſtizbeamten an weſentlichen Mängeln leide. Die Vorlage bedeute aber trotzdem eine ſehr weſentliche Beſſerung gegenüber dem Geſetz von 1879. Wir ſtimmen der Vorlage zu, aber auch der Reſolution.

Oberbürgermeiſter Dr. Tettenborn (Altona): Es ſei heute ſchon ſehr ſchwer für einen Verwaltungsbeamten, außerhalb der Verwaltung Anſtellung zu finden. Der Uebelſtand wird noch größer, wenn bei den Verwaltungsbehörden das juriſtiſche Wiſſen noch mehr eingeſchränkt wird. Die Referendare werden ſich ſchließlich faſt nur der Juſtiz zuwenden. Redner bittet um Ablehnung des Geſetzentwurfs.

Oberbürgermeiſter Johannſen aus Minden: Die juriſtiſchen wie die Verwaltungsbeamten haben ein Intereſſe daran, daß die Vorlage nicht Geſez wird.

Miniſter v. Bethmann-Holweg erkennt an, daß die Vorlage Stückwerk ſei, aber beſſere eigene Vorſchläge ſeien nicht gemacht worden. Sie ſolle die beſtehenden Mißſtände beſeitigen, die auf mangelnder juriſtiſcher Ausbildung und der jetzigen Ausbildung bei den Verwaltungsbehörden beruhen. Die Vorteile liegen darin, daß die dritte Prüfung weſentlich verſchärft wird und daß ſeminariſtiſche Kurſe eingerichtet werden ſollen.

Die Vorlage wird mit großer Mehrheit angenommen.

Auf der Tagesordnung ſteht ferner die Vorlage betr. die Errichtung je eines Landgerichtes in Krefeld und M.-Gladbach.

Graf v. Goeben berichtete über die Verhandlungen in der Juſtizkommiſſion über dieſe Angelegenheit. Die Verkleinerung des Landgerichtes Düſſeldorf iſt nach Lage der dortigen Verhältniſſe dringend erwünſcht; deshalb wird vorgeſchlagen, Uerdingen und Vierſen von Düſſeldorf abzutrennen und ſie dem zu errichtenden Landgericht Krefeld zuzuſchlagen. Bemängelt wurde in der Kommiſſion, daß nicht auch einzelne Bezirke des Landgerichts Cleve von dieſem abgetrennt werden ſollen zu Gunſten des Krefelder Gerichts, dem ſie weſentlich näher liegen würden. Die Kommiſſion empfiehlt einſtimmig die Annahme der Vorlage.

Oberbürgermeiſter Dr. Oehler-Krefeld: Die Errichtung eines Landgerichtes entſpricht einem alten Wunſche. Inbezug auf die Abgrenzung des Bezirkes wird allerdings durch den Geſetzentwurf den Wünſchen der Bevölkerung nicht entſprochen. Bedauerlich iſt es, daß der Stadt Krefeld bei Errichtung des Landgerichtes ſo ſchwere Opfer auferlegt werden.

Juſtizminiſter Beſeler: Für mich iſt es ſehr erfreulich, mit einer Vorlage bei meinem erſten Auftreten in dieſem Hauſe zu debütieren, die der allgemeinen Zuſtimmung gewiß ſein kann. Was den Zuſchuß der Stadt Krefeld betrifft, ſo weiſe ich darauf hin, daß die Kommune den größten Vorteil von der Errichtung des Landgerichtes hat. Ich erkläre gerne, daß die Regierung das Entgegenkommen der Stadt Krefeld als dankenswert anerkennt. Ich bitte um Annahme der Vorlage.

Hierauf wird die Errichtung des Landgerichts Krefeld einſtimmig angenommen, ebenſo die Errichtung eines Landgerichts in M.-Gladbach.

Donnerstag 1 Uhr: Interpellation betreffend Abwehr der Sozialdemokratie. — Schluß 4 Uhr.

Deutſchland.

D **Zur Flottenvermehrung.** Unſere kürzlichen Feſtſtellungen haben den Flottenverein tief getroffen; er gibt jetzt bereits ein eigenes Flugblatt gegen uns heraus und dieſes iſt wieder unterzeichnet von einem — penſionierten General! Wir möchten doch den penſionierten Offizieren raten, ſtatt des billigen Sportes, für die Vermehrung der Flotte einzutreten, jetzt in die Volksverſammlungen zu gehen und dort für die Annahme der neuen Steuern zu reden; dadurch könnten ſie ſich in der Tat ein Verdienſt erwerben! Aber vor dieſer mühſamen Arbeit hüten ſie ſich. Das Flugblatt des Flottenvereins unterſchätzt auch, daß wir uns auf die Autorität des Kapitänleutnants Weyer ſtützten, eines Mannes, deſſen Sachkenntnis, namentlich auch bezüglich der fremden Flotten, turmhoch über allem Wiſſen der penſionierten Generäle ſteht. Weyer aber weiſt nach, daß unſere älteren Schiffe nicht ſchlechter ſind, als die älteren Schiffe anderer Staaten und darin liegt der ſpringende Punkt. Der Flottenverein tut ſtets ſo, als hätten wir lauter alte Schiffe und die anderen Staaten lauter neue; und ein ſolches Verhalten iſt gemeingefährlich, weil es unſere Macht herabſetzt und weil es den Gegner förmlich reizt, jetzt ſchon über uns herzufallen, ehe wir ſtärker ſind. Wo tritt jemals in England und Frankreich ein Patriot auf, der die einheimiſche Rüſtung nur ſchlecht macht? Wir haben nie etwas hiervon gehört; der Flottenverein aber leiſtet ſolche Arbeit. Darin liegt „indirekter Vaterlandsverrat“! Wir haben weiter betont, daß der Flottenverein ſtets den Wert unſerer Flotte herabſetze; daß dieſe aber den Flotten der anderen Staaten in der Technik gleichſtehe. (Nicht in der Größe.) Der Flottenverein beſtreitet dieſes in ſeinem Flugblatt, ohne den Beweis für das Gegenteil zu liefern. Gut! Der ſchon genannte Kapitänleutnant Weyer hat erſt vor 14 Tagen dargelegt, daß z. B. die Schiffe unſerer Kaiſerklaſſe den zu gleicher Zeit gebauten engliſchen Schiffen vollkommen ebenbürtig ſind; er belegt dieſe Anſicht mit einer Reihe von Zahlen und auch Worten: „Auf die Behauptung einzugehen, daß unſere Kaiſer- und Wittelsbach-Klaſſen den neueren engliſchen Panzerkreuzern durchaus unterlegen ſeien, noch einzugehen, erübrigt ſich nach den vorſtehenden Ausführungen. Es genügt, die Leſer daran zu erinnern, daß jene britiſchen Schiffe einen Panzergürtel von nur 152 Millimeter haben, der bei den meiſten nicht einmal bis zum Heck durchgeht, ſondern das Hinterſchiff ganz ſchutzlos läßt, ferner, daß die Armierung beſteht aus 14 15 Zentimeter- bezw. aus 4 19 Zentimeter- und 6 15 Zentimeter- beziehungsweiſe 6 22 und 10 15 Zentimetergeſchützen. Die Geſchwindigkeit dieſer Panzerkreuzer iſt ſelbſtverſtändlich der unſerer Linienſchiffe bedeutend überlegen, darin beſtände auch ihre einzige Rettung im Kampfe mit ihnen. Im Jahrbuch 1904 von Jane: „All the Worlds fighting ſhips“ iſt unſere Wittelsbachklaſſe gleichgeſtellt mit der Duncanklaſſe, in ſeinem Jahrbuch 1904 iſt dieſelbeWittelsbach in den meiſten der direkten Antworten auf die eingangs erwähnte Umfrage unter den beſten Schlachtſchiffstypen mit aufgezählt und im letzten Heft des engliſchen Flottenvereins, dem „Navy League Journal“ vom 10. Dez. 1905, herausgegeben von dem bekannten Marineſchriftſteller Kapitän Wilſon, finden wir die Kaiſerklaſſe gleich bewertet mit den britiſchen Majeſtic- und Canopus-Typs.“ Auf alle dieſe tatſächlichen Feſtſtellungen geht der Flottenverein mit keinem Worte ein, weil er ſie nicht widerlegen kann. Seine Phraſen zerſchellen hier an der Wirklichkeit! Dem Vaterland zu geben, was ihm gebührt, dazu braucht man keinen Flottenverein; das Zentrum hat ſtets das nötige getan und wird es auch in Zukunft ſo halten, je nach der Finanzkraft des Reiches. Der Flottenverein aber verfaſſe nun einmal Flugblätter zu gunſten der Bier- und Tabakſteuer, dann kann er ſein Wunder erleben!

√ **Bei der Beratung der Kamerunbahnvorlage** im Reichstage iſt es zuerſt vom Abg. Erzberger und dann von anderen Abgeordneten gerügt worden, daß nach dem Vertrage mit der Geſellſchaft den früheren Syndikatsmitgliedern eine Proviſion von 360,000 Mark ausgeſetzt worden ſei. Es wurde dabei erklärt, daß der Reichstag bei Weiterveräußerung kolonialer Konzeſſionen nicht anderes alsErſatz der dem Konzeſſionar entſtandenen baren Auslagen wünſcht. Dieſem Wunſch will die Regierung wenigſtens für die Zukunft Genüge leiſten, denn in einem offiziöſen Artikel der „Kölniſchen Zeitung“ leſen wir: „Wir haben ſchon früher darauf hingewieſen, daß es der Kolonialverwaltung ein Leichtes ſein wird, dieſem unſerer Anſicht nach berechtigten Wunſch der Reichstagsmehrheit bei künftigen kolonialen Konzeſſionen durch Aufnahme einer Beſtimmung in die Konzeſſionsurkunde gerecht zu werden.“ Man ſieht alſo, wie der genannte Zentrumsabgeordnete auf der ganzen Linie geſiegt hat; der Abg. Naden konnte ja bereits im Reichstage ohne jeden Widerſpruch feſtſtellen, daß ſein Fraktionskollege Erzberger „glänzend gerechtfertigt“ aus demStreite hervorgehe; niemand wagte dieſer Feſtſtellung zu widerſprechen und jetzt kündigt ein offiziöſes Blatt an, daß die Regierung bei künftigen Konzeſſionen ſo vorgehen wolle, daß eine Wiederholung der Proviſionsgeſchichten ausgeſchloſſen ſei.

÷ **Ueber die Stellung des Zentrums zum Reichskanzler** zerbricht ſich die „Kreuzztg.“ den Kopf; zunächſt konſtatiert ſie, daß im Reichstage Konfliktsſtimmung herrſche, daß es früher ſo gemütlich zugegangen ſei wie in einem Kaffeekränzchen, jetzt habe ſich die Szene gewendet und ſie fragt: „Iſt das unter dem Einfluß des Abg. Erzberger geſchehen, der im Zentrum jetzt eine ſo bedeutende Rolle ſpielt?“ Das konſervative Blatt findet natürlich gar keinen Grund dafür, daß der Reichstag mißſtimmt iſt! Verweigerung der Diäten, raſcher Schluß der Reichstagsſeſſion, die Antwort auf die Duellerklärung ſind wohl alles nur Liebesbeteuerungen des Reichskanzlers, für welche anſcheinend das Zentrum nicht das volle Verſtändnis beſitzt. Auf der anderen Seite neue Forderungen: die Flottenvorlage, die neuen Steuern, Repräſentationsgelder für Miniſter, Budgetrechtsverletzung, Indemnitätsgeſuche uſw. ſollen wohl dazu angebracht ſein, eine Siedehitze der Begeiſterung im Reichstage hervorzurufen. Das Zentrum ſteht dem Reichskanzler abſolut frei und unabhängig gegenüber! Es hat an dem „Wohlwollen“ des Fürſten Bülow, das er als preußiſcher Miniſterpräſident in dem Schulunterhaltungsgeſetz ſo trefflich zeigte, gar kein Intereſſe mehr; das Zentrum ſteht ganz auf ſeinen eigenen Füßen und es wird immer mehr ſich deſſen erinnern, je mehr man in der Wilhelmſtraße glaubt, die Politik der Selbſtherrlichkeit unterſtützen zu ſollen und dem Reichstage mit Nichtachtung begegnet. Alles hat ein Maß hinnieden, auch die Geduld des Reichstages und des Zentrums. Sollen wir nun alle jene Beſchlüſſe des Reichstages aufzählen, welche der Bundesrat gar nicht geachtet hat, welche er nicht einmal einer Antwort gewürdigt hat? Man kann ſich angeſichts ſolcher Vorkommniſſe nicht wundern, wenn der Reichstag ſchließlich ſagt: wir ſtehen dem Bundesrat vollkommen gleichberechtigt gegenüber. Je mehr das Zentrum dieſen Gedanken vertritt, deſto mehr Rückhalt hat es in den breiteſten Volksſchichten.

= **Die Klaſſeneinteilung** der Orte für den Wohnungsgeldzuſchuß ſoll nach der dem Reichstage zugegangenen Vorlage bis zum Jahre 1913 unverändert bleiben. Das würde eine große Härte für viele Beamte bedeuten, welche in Städten wohnen, die nach der letzten Volkszählung jetzt in eine höhere Klaſſe des Wohnungsgeldzuſchuſſes aufrücken müßten. Manche Städte hatten bereits im Jahre 1904 ein Anrecht auf eine höhere Klaſſe, damals ging die Vorlage dem Reichstage ſo ſpät zu, daß eine ausführliche Reviſion derſelben nicht mehr möglich war und ſolche deshalb trotz der verbleibenden Härten und Ungleichheiten en bloc jedoch nur auf 2 Jahre (gültig bis 1906) angenommen wurde. Nach der jetzigen Vorlage ſoll einfach eine Verlängerung des beſtehenden Zuſtandes bis 1913 eintreten, das würde alſo bedeuten, daß viele tauſende von Reichs- und preußiſchen Beamten in den Städten, welche eigentlich in eine höhere Klaſſe gehörten, noch weitere 7 Jahre ſich mit dem völlig unzureichenden Wohnungsgeldzuſchuß begnügen müßten. Der Grund für dieſe Verzögerung iſt lediglich in der Finanzlage zu ſuchen. Weil die Aufwendungen für die Flotte und Kolonien alle Mittel des Reichs aufs äußerſte in Anſpruch nehmen, muß die Regierung bei anderen Ausgaben ſparen und auch die Beamten haben hinſichtlich ihres Wohnungsgeldzuſchuſſes und mancher ſchon längſt nötigen Gehaltsaufbeſſerung darunter zu leiden. Es wird das gewiß vielfach hart empfunden, zumal die Beamten, insbeſondere die Lehrer der höheren Schulen, welche ſich aus patriotiſchem Eifer der Flottenagitation und Begeiſterung für die Kolonialpolitik zu wecken beſtrebt ſind, nun durch dieſe, von ihnen nicht gewollten Folgen, geradezu für ihre Tätigkeit auch noch Nachteile erleiden müſſen. Die Budgetkommiſſion hat nun unter dem Widerſpruch des Bundesrats die unveränderte Verlängerung des beſtehenden Zuſtandes nur bis 1908 genehmigt; hoffentlich ſchließt ſich das Plenum dem an. Um die Gelder zu erhalten, muß aber in erſter Linie bei Flotte und Kolonien geſpart werden.

* **Berlin** 24. Jan. (Telegr.) Generalleutnant z. D. Guſtav Richter, in Charlottenburg wohnend, iſt geſtern Nachmittag geſtorben; er war zuletzt Inſpekteur der 2. Fußartillerie-Inſpektion.

* **Berlin** 24. Jan. (Telegr.) Die Budgetkommiſſion des Reichstages ſetzte die Beratung des Invalidenfonds fort. Reichsſchatzſekretär Freiherr v. Stengel erklärt, eine Erwägung über die Vorſchläge betr. den Kriegsfonds werde ſtattfinden; er glaube aber nicht, daß eine Aenderung erfolgen werde. Nachdem Arendt (Reichsp.) noch als die beſte und einzige Hülfe für den Invalidenfonds eine Wehrſteuer befürwortet hatte, wird das Geſetz betreffend die Stärkung des Invalidenfonds angenommen und der Etat des Invalidenfonds genehmigt.

Die Kommiſſion bewilligte im weiteren Verlaufe den Etat des Reichsſchatzamtes, bei deſſen Titel 8, der eine Erhöhung des Fonds zu den Beihilfen an hilfsbedürftige Kriegsteilnehmer aus dem Jahre 1870/71 von 14 auf 16 Millionen Mark vorſieht, Erzberger (Zentr.) die Einbringung eines Nachtragsetats zur Erhöhung des Fonds für die Kriegsteilnehmer anregt, um alle anerkannten Bedürfniſſe zu befriedigen. Graf Oriola (nl.) beantragt Vorlegung eines ſolchen Nachtragsetats, worauf Staatsſekretär Frhr. v. Stengel erklärt, er ſtehe dem Antrage ſympathiſch gegenüber. Der Antrag Oriola wird einſtimmig angenommen, worauf ſich die Kommiſſion bis morgen vertagt.

* **Berlin** 24. Jan. (Telegr.) Die Steuerkommiſſion des Reichstages ſetzte heute die Diskuſſion über die Brauſteuer fort. Lenzmann (freiſ. Vp.) führt aus: Entweder werde die Brauſteuer auf die große Maſſe abgewälzt — dann verſtoße ſie gegen § 6 des Flottengeſetzes — oder die Brauſteuer ſtelle eine Gewerbeſteuer dar — und dann ſei ſie unberechtigt. Das Gaſtwirtsgewerbe habe eine große Beſchwerung durch das Konzeſſionsweſen, das man ganz abſchaffen ſollte. Schatzſekretär v. Stengel bemerkte: Da die Freiſinnigen an der Schaffung des § 6 des Flottengeſetzes unſchuldig ſeien, hätten ſie gar keine Berechtigung, auf dieſem Paragraphen zu fußen. Uebrigens beziehe ſich der Paragraph nur auf Ausgaben für die Marine, komme alſo hier nicht in Frage. Zubeil (Soz.) legt dar, daß das Gaſtwirtsgewerbe keineswegs ſo einträglich ſei, wie Miniſter v. Rheinbaben angegeben habe. Ueberdies ſei es ſehr geſundheitsgefährlich. Viele Brauereien würden um exiſtieren zu können, verſuchen müſſen, die Brauſteuer abzuwälzen. Miniſterialdirektor Kühn führt aus: Es ſei keineswegs beabſichtigt, dem Gaſtwirtsgewerbe Belaſtungen aufzuhalſen. Dittrich (konſ.) ſagt, es handle ſich um die Höhe der Sätze. Der gleiche Steuerſatz für Malz müſſe eigentlich einheitlich im ganzen Reiche geregelt ſein. Der norddeutſche Branntweintrinker finanziere den Säckel des ganzen Reiches, während der ſüddeutſche Biertrinker nur die Finanzen der Einzelſtaaten unterſtütze. Man hätte rechtzeitig zu einer ſolchen Beſteuerung übergehen ſollen. Das ſüddeutſche Bier ſei beſſer und billiger als das norddeutſche; da müſſe ei nAusgleich geſchaffen werden. Der Antrag des Zentrums erreiche dieſen Ausgleich nicht. Der Höchſtſatz von 8 Mark ſei zu gering; man müßte bis 10 Mark gehen. Von der Kontingentierung, die ſehr ſchwierig ſei, ſollte man Abſtand nehmen und dafür die Höchſtſätze höher normieren.

Müller-Sagan (freiſ. Volksp.) ſtimmt dem Vorredner darin zu, daß eine Gleichſtellung des Nordens und des Südens zweckmäßig ſei. Was den Schankgewinn betreffe, ſo ſei die Angabe des Schatzſekretärs, wonach dieſer 22 Pfg. pro Liter betrage, viel zu hoch gegriffen. Ein Sachverſtändiger habe ihm geſagt, der Schankgewinn in Norddeutſchland betrage 6 bis 12 Mark pro Hektoliter. Die freiſinnige Partei habe ſehr wohl recht, auf § 6 des Flottengeſetzes zu fußen, denn ſie habe ſich ſtets auf den Boden der vollendeten Tatſache geſtellt, auch bei den gegen ihre Stimmen zuſtande gekommenen Geſetzen. Metzger (Soz.) beſpricht die Unterſchiede im Gaſtwirtsgewerbe in Nord- und Süddeutſchland. Müller-Fulda (Ztr.) weiſt darauf hin, daß der Antrag gar keine Kontingentierung, ſondern nur einen dreitägigen Durchſchnitt bringe, und verweiſt ferner auf die Kommunalſteuerzuſchläge auf das Bier. Den preußiſchen Regierungspräſidenten ſei anzuempfehlen, doch in den Landgemeinden die Kommunalbierſteuer einzuführen. Auch dürfe man im Reiche doch nicht ſo weit gehen, wie die Regierungsvorlage will. Redner tritt ferner für die Abſchaffung der Schankkonzeſſionen ein. Miniſterialdirektor Kühn gibt zu, daß die Regierungsvorlage eine Erhöhung der Bierpreiſe herbeiführen könne. Die Abwälzung der Steuer ſei möglich, aber nicht notwendig. Man könnte doch die Regierungsvorlage wenigſtens in den Punkten beſtehen laſſen, daß man die Brauereien der höheren Staffelſätze auch an niedrigeren Staffelſätzen teilnehmen laſſe. Raab (wirtſch. Vgg.) lehnt namens ſeiner Freunde die Regierungsvorlage, den Antrag Rettich und den Zentrumsantrag ab. Südekum (Soz.) geht näher auf die württembergiſchen Brauereiverhältniſſe ein. Speck (Ztr.) hat den Antrag eingebracht, nach § 5 folgende Beſtimmung einzufügen: Bei der Einfuhr von Bier aus anderen deutſchen Bundesſtaaten in den Geltungsbereich des gegenwärtigen Geſetzes wird nach näherer Beſtimmung des Bundesrates eine Uebergangsabgabe erhoben, die den Betrag von 2 Mark pro Hektoliter nicht überſchreiten darf. Im Verlaufe der weiteren Debatte zieht Rettich ſeinen Antrag mit Rückſicht darauf, daß ſeine politiſchen Freunde bis zur zweiten Leſung einen Antrag mit Staffelung bis zum Höchſtſatze von 10 Mark einbringen würden, zurück. Bei der Abſtimmung wird der Antrag Müller-Sagan-Lenzmann, wonach eine Erhöhung der Brauſteuer überhaupt nicht eintreten ſoll, gegen die Stimmen der Freiſinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt. Der Eventualantrag Müller-Sagan-Lenzmann wird hierauf gegen dieſelben Stimmen abgelehnt. Die g legende Beſtimmung der Regierungsvorlage, betreffend die St lung, wird einſtimmig abgelehnt, der Antrag Speck, betreffend Staffelung, wird mit 15 gegen 12 Stimmen angenommen. Mo Fortſetzung der Beratung.

* **Berlin** 24. Jan. (Telegr.) Dem Reichstage ging die jährliche Denkſchrift über die Entwickelung des de ſchen Kiautſchougebietes zu. Sie beſagt: Trotzdem die Einwirkungen des ruſſiſch-japaniſchen Krieges im größten des Berichtsjahres auch in der deutſchen Kolonie für Handel Schiffahrt noch geltend machten, weiſt die Kolonie auf allen bieten des wirtſchaftlichen Lebens erfreuliche Fortſchritte auf. Einnahmen ſtiegen von 301,946 M. auf 1,001,180 M. Schiffsverkehr wuchs von 337 auf 413 Schiffe mit 420,517 Tons an. Auf der Schantungbahn ſteigerte ſich der Verkehr 495,905 auf 780,228 Perſonen und von 125,303 auf 279,74 Frachtgüter. Die Einkünfte des chineſiſchen See-Zollamtes Tſingtau vermehrten ſich von 618,000 auf 796,000 Dollars. Wert des Durchgangshandels betrug 32,426,516 Doll. 24,861,262 Doll. im Vorjahre. Dem Bedürfniſſe des wachſ Handels entſprechend wurde die Angliederung des deutſchen ſchougebietes an die chineſiſche Zollgebietzone am 1. Januar vereinbart. Von der neuen Regulierung des Zollweſens wir Erleichterung des Handelsverkehrs, namentlich ein Aufſchwun induſtriellen Entwickelung der Kohle erwartet. Das Freihafen welches bisher das ganze Schutzgebiet umfaßte, wurde auf ſen ſelbſt und das anſtoßende Gelände beſchränkt. Als Aequi für die Mehreinnahmen aus dem Zollanſchluſſe führt das chin Seezollamt jährlich 20 Prozent Einnahmen aus den Einfuh an das Gouvernement ab. Die Geſundheitsverhältniſſe ſind ſten an der ganzen oſtaſiatiſchen Küſte. Infolge der zuneh Bedeutung Tſingtaus als Handelsplatz wurde eine einheitliche geſamte Kaufmannſchaft umfaſſende Handelskammer gebildet. Nachfrage nach Land war lebhaft, die private Bautätigkeit reg größeres, Schiffe bis zu 16,000 To. aufnehmendes Sch dock wurde bereits in Benutzung genommen. Ein großer Kra 150 To. Tragfähigkeit wurde aufgeſtellt. Zum erſten Male aus Schantung Kohlen in größeren Mengen nach Tſchifu, Schanghai und Hongkong ausgeführt. Die Denkſchrift macht Mitteilung über die mit den Laienbeiſitzern des Gerichts im gebiet in Zivil- und Strafſachen gemachten Erfahrungen, durchaus günſtig bezeichnet werden. Sie ſagt, daß die Mit der Laienelemente insbeſondere von Männern aus der Pr wirtſchaftlichen Lebens, nicht nur für die Rechtſprechung auf des geltenden Kolonialrechts erwünſcht ſei, ſondern auch für innere Fortbildung. Dies bezieht ſich ſowohl auf den Ausba Handelsgewohnheitsrechts, als auch auf die bedeutſamen Au die der Geſetzgebung auf kolonialrechtlichem Gebiete noch geſte werden. An der deutſchen Gouvernementsſchule wurde der plan des Reformgymnaſiums eingeführt.

* **Dresden** 24. Jan. (Telegr.) Der König beauftrag Staatsminiſter v. Metzſch bis auf weiteres mit der Wahrn der Geſchäfte des Miniſteriums des königlichen Hauſes.

Türkei.

* **Konſtantinopel** 23. Jan. (Telegr.) Geſtern iſt hie Creuzot ein Vertrag wegen Lieferung von 9 Kü wachtſchiffen und eines Kanonenbootes für 295,000 unterzeichnet worden. Die letzthin ſignaliſierte, von bulga Seite angeſtrebte und von türkiſcher Seite zugeſagte Reviſion türkiſch-bulgariſchen Handelskonvention von 1890 wurde wegen bulgariſch-ſerbiſchen Zollunion fallen gelaſſen. Von türkiſcher iſt erklärt worden, daß, falls letztere zuſtande kommt, bei dem delsverkehr aus Bulgarien nach der Türkei Urſprungszeugniſſe liefert werden müßten. Die Pforte richtete bezüglich des bulga ſerbiſchen Zollunionsvertrages ein Zirkular an ihre Botſchaften auf den auf den künftigen Landerwerb bezüglichen Artikel Zollunionsvertrages hinweiſt.

Vermiſchte Nachrichten.

—* Bromberg 21. Jan. Der Rechtsanwalt Bin iſt geſtern Vormittag im Anwaltszimmer des Landgerichts geſtorben. Er unterhielt ſich, wie dem „Geſelligen“ mitgeteilt mit einem Kollegen über eine Prozeßſache, in der er Partei ſchien ſich geeinigt zu haben, und ſo ſagte B. zu ſeinem Kollegen Na, da können wir ja in die Ver . . . Das Wort Verhandlung aber nicht mehr aus ſeinem Munde, denn die Stimme verſagte B. fiel vom Stuhle, auf dem er ſaß, zu Boden. Die angewandten Mittel waren ohne Erfolg. Der Verſtorbene war ſeit 22 Jahren geſuchter Rechtsanwalt.

—* Pau 24. Jan. (Telegr.) Der ſpaniſche Luftſchiffer D der am Montag nachmittag hier mit ſeinem Ballon aufgeſtiegen um die Pyrenäen zu überfliegen, landete geſtern früh 6 U Guadix (Provinz Granda).

—* Ueber das Abenteuer eines preußiſchen Zugfü rers in Rußland werden aus Thorn folgende Einzelheiten meldet: Als dieſer Tage der fällige Schnellzug Nr. 23 in Ale browo von ruſſiſchen Steuerbeamten, wie üblich, durchſucht fanden ſie im Hundeabteil auf der Leinehaſpel ein Stück Seiden aufgewickelt. Der den Zug begleitende Zugführer Wollman Podgarz, der von dem Vorhandenſein des Schmuggelobje Ahnung hatte, wurde feſtgenommen und einem Verhör das damit endigte, daß die ruſſiſche Zollbehörde 390 Rub peken Strafe von dem Zugführer verlangte. Dieſe Beträge tens der preußiſchen Eiſenbahnverwaltung vorläufig bezahlt um dem Zugführer die Freiheit zu verſchaffen. Die Unterſ des Falles iſt eingeleitet worden.

—* Ein belgiſcher Diplomat des Schmugg verdächtig. Dem „L.-A.“ wird aus Brüſſel berichtet: Kanzler des belgiſchen Generalkonſuls in Newyork, M. Charles mat, iſt dieſer Tage bei ſeiner Rückkehr von Europa ein eigen liches Abenteuer paſſiert. Bei der Ankunft des Dampfers „ land“ in Newyork war M. Noemat den Zollbeamten der Union irgend einen Unbekannten als Diamantenſchmuggler denunziert den und mußte ſich deshalb einer peinlich genauen Unterſuchung terziehen; von den Reiſekörben wurde das Futter aufgetrennt, gar in einem Handköfferchen befindliche Orangen wurden von mißtrauiſchen Beamten durchſtochen, ja ſelbſt ein harmloſer kuchen wurde ſorgfältig in Stücke geſchnitten, ein Bemühen, das Leidweſen der eifrigen Forſcher fruchtlos blieb, ſo daß ſie nach gen Stunden ihr Opfer ſeines Weges ziehen laſſen mußten.

—* Ein Profeſſor als Bettler. Eine trau ſchichte ſpricht aus folgender Nachricht der „Tägl. R.“: Rußland nach Deutſchland zurückgekehrter Deutſcher, Pr phil. Neumeiſter, der in Rußland in Privatdienſten geſta will, wurde in Eutin durch die Polizei beim Betteln in nungen angetroffen und verhaftet. Der Bedauernswerte ſeiner Angabe ſein ganzes Vermögen in Rußland verloren völlig mittellos.

—* Auch ein Konkurs. Im Somer vorigen Jahres in Mikultſchütz in Schleſien eine Vorkoſthändlerin „pleite“. Die pfändeten und zum Verkauf gelangten Waren ergaben einen Erlös. Einem Gläubiger wurde nach Abzug der Koſten der tuale Erlös zugeſtellt, dieſer betrug 15 Pfennige. Nach Abzug 10 Pfg. für Porto erhielt er 5 Pfennige ausgezahlt. Dieſe bekam, laut „Oberſchleſ. Anz.“, der Briefträger als Beſtellgeld.

(!) Wie tief der Menſch in die Erde gelangen kann. Unter den Bergleuten findet man ziemlich allgemein die Anſicht vertreten, daß den Menſchen ein großer Spielraum für ſein Vordringen in die Tiefen des Erdkörpers gegeben iſt. Die Stoßung und Verwertung eines Schachts bis zu 3000 Meter Tiefe oder ſogar noch mehr wird für nicht unmöglich gehalten und die Schwierigkeit ſeiner Ausnutzung nur darin geſehen, daß die Mittel zur Herausſchaffung der abgebauten Maſſen ganz beſondere ſein müßten, über die man bisher noch nicht verfügt. Männer, denen man eine tüchtige wiſſenſchaftliche Vorbildung und dementſprechend auch ein begründetes Urteil zutrauen ſollte, haben jüngſt ſogar davon geſprochen, daß man durch Schaffung ſehr tiefer Bohrlöcher die Eigenwärme der Erde heraufholen und zur Heizung und zum Betrieb von Maſchinen verwenden könnte. Das wäre ſchließlich auch noch etwas anderes als der Betrieb eines Bergwerks in ſo großer Tiefe, bis zu der dann doch auch Menſchen hinabſteigen müßten. Bei genauer Prüfung, ſagt die Wochenſchrift Engliſh Mechanic, muß man zu der Anſicht gelangen, daß der Glaube an die Möglichkeit des Bergwerks in 3000 Meter Tiefe ein vollkommener Irrtum iſt, und zwar nicht wegen der erwähnten Schwierigkeit des Transports, ſondern aus zwei andern Gründen, die den Aufenthalt des Menſchen in einem derartigen Schacht durchaus verbieten würden. Einmal würde dem Menſchen der Atem ausgehen wegen der ungeheuren Steigerung des Luftdrucks in der Tiefe, und ferner würde er die dort herſchende Hitze nicht vertragen können. Es gibt jetzt ſchon einige Bergwerke von ſehr viel geringerer Tiefe, in denen ſich die Arbeiter nur zehn Minuten aufhalten können und dann von einer andern Schicht abgelöſt werden müſſen. Man kann [illegible] dem Erdinnern ſtändig zunimmt, wenigſtens ſo weit der Menſch es bisher hat feſtſtellen können. Freilich ſind die Erfahrungen diesbezüglich recht gering, denn die tiefſten Bohrlöcher, die bis jetzt ausgeführt worden ſind, würden auf einem Globus von 1 Meter Durchmeſſer nicht viel mehr bedeuten als eine Vertiefung, die durch den leichten Eindruck einer Nadelſpitze hervorgebracht werden würde. Deshalb iſt auch die Berechnung der ſogenannten geothermiſchen Tiefenſtufe, d. h. der Tiefenſtufe, in der die Wärme nach dem Erdinnern hin um je 1 Grad zunimmt, eine ziemlich unſichere geblieben. Neue Beobachtungen darüber liegen aus den Minen von Bendigo im auſtraliſchen Staat Victoria vor, die bis zu einer Maximaltiefe von 975 Metern vorgedrungen ſind. Bis zu 140 Meter Tiefe nahm die Temperatur für je 54 Meter um 1 Grad zu, bis 390 Meter Tiefe für je 98 Meter, bis 525 Meter für je 93, bis 690 Meter für je 82, bis 810 Meter für je74 und dann weiter bis zur größten Tiefe von 975 Metern wieder für je 54 Meter um je 1 Grad. Man erſieht daraus bereits, wie ungleich die Zunahme der Wärme iſt. Dieſe Verſchiedenheit iſt dadurch zu erklären, daß auch die Beſchaffenheit der Erdſchichten in verſchiedener Tiefe einen großen Einfluß auf die ſchnelle oder langſame Temperaturzunahme nach dem Innern hin beſitzt. Danach herrſcht in der größten Tiefe der Bendigo-Minen ſchon eine Hitze von etwa 40 Grad. Es gibt nun aber Bergwerke, in denen die Temperatur noch ſehr viel ſchneller zunimmt, ſodaß man dazu gelangt iſt, im Allgemeinen die Temperaturſteigerungen nach dem Erdinnern hin zu 1 Grad auf je 33 Meter anzunehmen. Danach würde in eine mSchacht von 3000 Meter Tiefe ſchon eine Temperatur von faſt 105 Grad herrſchen und eine Arbeit für Menſchen [illegible]

** Gefährliche Hochzeitsreiſen. [illegible] boren iſt, kühnere Träume. Gerade die letzten Monate brachten uns wiederholt die Kunde von abenteuerlichen Reiſen, die Jungvermählte in den erſten Wochen ihres Eheglücks unternommen hatten. So brachen vor wenigen Wochen ein Mr. Max Fleiſchmann und eine Miß Sherlack, nachdem ſie in Cincinnati getraut waren, auf, um ihre Flitterwochen möglichſt nahe am — Nordpol zu verleben. Das junge Paar hatte das norwegiſche Schiff „Laura“ gechartert, das ſie zu dem Ziel ihrer Sehnſucht führen ſollte. Das eine werden die Liebenden jedenfalls vor den anderen Hochzeitsreiſenden voraus haben, daß ihre Einſamkeit durch nichts geſtört werden dürfte. Nicht geringeres Aufſehen erregte die Hochzeitsreiſe, die der Graf de Lesdain von der franzöſiſchen Geſandtſchaft in Peking mit ſeiner jungen Frau ſoeben vollendet hat. Sie führte durch Gebiete Zentralaſiens, die vor ihnen keines Weißen Fuß betreten hatte. Von Peking reiſte das junge Paar nach der großen Wüſte Gobi; auf dem Wege entdeckte es zwei vom Sande begrabene Städte und einen bis dahin unbekannten See. Unter vielen Beſchwerden drangen ſie bis zu den Quellen des Yanktſekiang vor und überſchritten dann ein Hochplateau, das 19,800 Fuß über dem Meere liegt und in deſſen unwirtlicher Einöde ſie einmal dem Untergang nahe waren. Einmal ſahen ſie auf ihrer Hochzeitsreiſe fünfzig Tage lang kein menſchliches Weſen. Schließlich kamen ſie über Tibet nach Darbſchiling, wo ihre kühne Reiſe ein Ende nahm. Einen tragiſchen Ausgang hatte aber eine abenteuerliche Hochzeitsreiſe, die der Kapitän Andrews mit ſeiner jungen Frau, einer Amerikanerin, vor einigen Jahren antrat. Der unerſchrockene Seemann hatte ſchon mehr als einmal den Atlantiſchen Ozean allein [illegible] City auf. Die Fahrt ſollte an der Oſtküſte der Vereinigten ten entlang gehen und dann der Richtung des Golfſtroms über den Atlantiſchen Ozean zu den Azoren führen. Voll Mutes und in beſter Zuverſicht auf das Gelingen ihres Unter mens brachen der Kapitän und ſeine junge Frau auf; aber dem Moment an, wo das winzige Boot den Blicken der Zuſchauer, die ihrer Abreiſe beiwohnten, entſchwunden war, man nie wieder etwas von ihnen geſehen oder gehört, die trüge See birgt für immer ihr „dunkles Geheimnis“. Gefährliche ausflüge erfreuen ſich bei den Europäern in den Kolonien großen Beliebtheit als Hochzeitsreiſe. So zogen auf Ceylon längſt ein Mr. Le Meſurier und ſeine junge Frau unmi nach der Hochzeit in die Dſchungeln, wo ſie großes Wild in licher Zahl vor ihre Büchſe bekamen. Die junge Frau war die erſte Frau, die in Ceylon einen Elefanten mit eigener Hand legte. Camille Flammarion war der erſte, der ſeine Hochzeits in einem Ballon machte; aber er iſt durchaus nicht der einzige blieben; unter ſeinen Nachahmern erregte beſonders ein engliſcher General Aufſehen, der mit ſeiner Frau unmittelbar der Trauung einen Aufſtieg im Luftballon unternahm. Vor Jahren hatte es ſich ein Ehepaar aus Orleans in den Kopf ſeine Flitterwochen auf dem Gipfel des Montblanc zu und ſie ſetzten ihren Willen trotz vieler Hinderniſſe durch. Aufſtieg wurden die beiden von einem ſchweren Schneeſturm raſcht, gegen den ſie mit ihren Führern nur mit Mühe ank konnten; aber ſie gewannen den höchſten Gipfel des Montblanc, noch einmal [illegible]

Provinzielles.

* Köln 24. Jan. Der Krawall am Chlodwigplatz bildete die Unterlage für eine Verhandlung an der 1. Strafkammer. Angeklagt waren 9 Perſonen. Polizeikommiſſar Steinke erklärte als Zeuge, daß am 19. Juni v. J. die Möbel des Kaufmannes Hans Drescher wegen Umzugs verladen worden ſeien. Wegen rückſtändiger Miete ſei von dem Hauseigentümer verlangt worden, ſie feſtzuhalten, wozu er der Perſon des Reklamierenden Schutz verſprochen habe. Beim Hin- und Herfahren und bei der Auseinanderſetzung habe ſich das Volk angeſammelt und aus kleinen Urſachen ſeien ſpäter große Wirkungen entſtanden. Die Leute hätten gedacht, daß Gott weiß was paſſiere, und ſchließlich ſei mit Ziegelſteinen nach der Polizei geworfen worden. Er habe dringend erſucht, das zu unterlaſſen, aber die Täter hätten nicht gefaßt werden können, weil man aus der Mitte des Volkshaufens geworfen habe. Schließlich ſei die Polizei genötigt geweſen, mit blanker Waffe vorzugehen, und dann habe ſich der tagelange Krawall entwickelt. Staatsanwalt Dr. Claren bemerkte, er habe lange mit dem Erſten Staatsanwalt konferiert, ob nicht die Anklage auf Landfriedensbruch lauten müſſe. Man habe ſie aber nicht erhoben, weil die Szenen ſtets von 7 Uhr an bis 3 Uhr nachts gedauert hätten, und bei den einzelnen eine gemeinſame Handlung anzunehmen, ſei nicht angängig. Vielleicht ſeien auch die Haupttäter gerade entſchlüpft. Die als Zeugen vernommenen Schutzleute gaben zu, daß ſie nach ſtattgefundenen Beleidigungen mit der Waffe draufgeſchlagen hätten. Das Urteil gegen 1 Angeſchuldigten lautete auf 2 Monate, 2 auf 3 Wochen Gefängnis, andere erhielten Geldſtrafen von 20—60 M, 2 wurden freigeſprochen. — Falſches Geld. In einem Zigarrengeſchäft an der Thieboldsgaſſe wurde am Sonntag von einem unbekannten jungen Manne ein falſches Zehnmarkſtück in Zahlung gegeben. Das Falſchſtück wurde von dem Geſchäftsinhaber ſofort als ſolches erkannt und dem Herausgeber wieder zurückgegeben, der ſich ſchleunigſt entfernte.

* Köln 24. Jan. Eine Erklärung zum Fall Römer hat auch die konſtituierende Verſammlung des Rheiniſch-weſtfäliſchen Provinzialverbandes der Landeskirchlichen evangeliſchen Vereinigung in Köln am 15. ds. nach einem Vortrage des Superintendenten Müller-Düren einſtimmig angenommen. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut: Wenn auch anzuerkennen iſt, daß die religionsgeſchichtlichen Ausführungen im erſten Teil der Römerſchen Wahlpredigt das Produkt einer Zwangslage und ein Zeugnis löblicher Aufrichtigkeit ſind, und wenn auch zugegeben werden muß, daß der weſentliche Inhalt dieſer Ausführungen ſich deckt mit einer Auffaſſung von der geſchichtlichen Perſon Jeſu, die von vielen aufrichtig gläubigen Theologen und Nichttheologen geteilt wird, ſo halten wir doch derartige Ausführungen wiſſenſchaftlichen Charakters nicht für ſtatthaft im Rahmen einer Gemeindepredigt. Im zweiten Teile der Predigt aber vermiſſen wir bei aller Anerkennung des ſittlichen Idealismus des Predigers die für eine geſunde evangeliſche Verkündigung unerläßliche wahrhaft religiöſe Würdigung der Perſon unſeres Herrn Jeſu Chriſti als des Sohnes Gottes für das Glaubensleben der chriſtlichen Gemeinde. Wir beſtreiten der Kirchenbehörde nicht die formelle Berechtigung, auf Grund der Kirchenordnung dem Verfaſſer dieſer Predigt die Beſtätigung ſeiner Wahl zu verſagen. Allein es bleibt zu bedauern und erſcheint der wirklichen Lage der theologiſchen Gegenwart nicht entſprechend, eine ſo ſchwerwiegende Entſcheidung zu fällen auf Grund von Beſtimmungen der Kirchenordnung, die einen ausreichenden und gerechten Maßſtab nicht mehr abgeben können zur Beurteilung chriſtlicher Gläubigkeit und chriſtusmäßiger Predigt. Wir legen Verwahrung ein gegen eine aus der Begründung des Entwurfs möglicherweiſe herzuleitende Folgerung, als ob die Vertretung modern theologiſcher Anſchauungen an ſich den Theologen ungeeignet erſcheinen laſſe zum Predigtamt und Kirchendienſt. Vielmehr ſind wir der Anſicht, daß die Grundanſchauungen moderner Theologie, wohl vereinbar mit wahrhaft chriſtlicher Frömmigkeit, die beſondere Aufgabe innerhalb der evangeliſchen Kirche der Gegenwart haben, vielen Kindern unſerer Zeit das Vertrauen zu den unvergänglichen und unentbehrlichen Gütern des Evangeliums Jeſu Chriſti wiederzugeben. Wir konſtatieren mit Befriedigung („Chriſtliche Welt 1906, Nr. 2), daß die Begründung des konſiſtorialen Beſcheides nicht, wie es nach dem Wortlaut der Verfügung ſcheinen könnte, einſtimmig erfolgt iſt, und alſo nicht als der Ausdruck der gemeinſamen Anſchauung aller Mitglieder der zuſammenwirkenden Kollegien gelten kann. Die Evangeliſche Vereinigung erblickt in dem Fall Römer eine ernſte Aufforderung, die Verwirklichung ihres Programms, daß für Lehrprozeſſe beſondere Gerichtshöfe zu ſchaffen ſind, in denen außer Mitgliedern der Kirchenbehörde auch Vertreter der theologiſchen Wiſſenſchaft und Mitglieder der betroffenen Gemeinden zu urteilen berufen ſind, ernſtlich zu erſtreben.

△ Aachen 24. Jan. Dem diesjährigen Aachener Roſenmontagszug, dem erſten, der nach langen Jahren durch die Straßen der Stadt zieht, liegt als Generalidee zugrunde: „Aus dem Liederſchatz des Prinzen Karneval“. Die bedeutendſten Vereine der Stadt, bis jetzt 23 an der Zahl, machen in corpore mit. — Die Strafkammer verurteilte einen Hutmacher aus Dürboßlar, der in einer Jülicher Wirtſchaft einem Metzgergeſellen einen Hut geſtohlen hatte und ſich in ſtrafſchärfendem Rückfalle befand, zu 5 Monaten Gefängnis.

* Düſſeldorf 24. Jan. Eine von über 200 Mitgliedern beſuchte Verſammlung des Rheiniſchen Provinzialvereins akademiſch gebildeter Lehrer an höheren Schulen hat hier am Sonntag getagt. Man ſtellte feſt, daß bei guten Beziehungen, die man zu einzelnen Landtagsabgeordneten aller Parteien angeknüpft habe, von trefflichem Nutzen für die gemeinſame Sache der Provinzialvereine geweſen ſei. Dankbar wurde anerkannt, daß mit den Erlaſſen vom 15. Mai und 22. Juli 1905 über die Anrechnung der an militärberechtigten Privatanſtalten zugebrachten Wartezeit auf das Beſoldungsdienſtalter ein weſentlicher Fortſchritt geſchehen ſei, hervorgehoben aber auch, daß die Nichterwähnung derjenigen Kollegen, die vor den im Jahre 1892 aufgeſtellten Liſten in den Dienſt eingetreten ſind, noch ſehr der Erklärung bedürfe. Auch die Vereidigung zu Beginn des Probejahres ſei als ein Fortſchritt anzuſehen, aber die gerechte Forderung, daß die Vereidigung mit dem Beginn des Vorbereitungsjahres geſchehen müſſe, ſei noch nicht erfüllt. Sehr befremdend ſei es geweſen, daß ſeit dem März vorigen Jahres niemand den Profeſſorentitel erhalten habe. Als durchaus wünſchenswert wurde bezeichnet, daß von einer Zentralſtelle für Statiſtik im Miniſterium Mitteilungen über die Berufswahl der Abiturienten veröffentlicht würden, damit die Ueberfüllung in dem Philologenſtande künftig vermieden werde; denn hier herrſche eine Wellenbewegung, die bald Zudrang, bald Mangel bringe zum Schaden für Schule und Lehrer. Für die Durchführung des ſo wichtigen Beſchluſſes, für Preußens höheren Lehrerſtand einen Rechtsausſchuß zu gründen, ſei ein weiterer Schritt durch die Einſetzung einer aus fünf Mitgliedern beſtehenden Kommiſſion geſchehen ,und wie es in der Rheinprovinz ſchon Gewohnheit ſei, ſolle nun auch in allen andern Provinzen den akademiſch gebildeten Lehrern an den höhern Mädchenſchulen der Eintritt in die Provinzialvereine allgemein geſtattet werden, ſofern ſie ein Oberlehrerzeugnis beſitzen. Aus den weitern Verhandlungen iſt noch hervorzuheben, daß für die Hülfskaſſe 2554 M an freiwilligen Beiträgen eingegangen waren. Von beſonderer Bedeutung für die Geſtaltung des höhern Schulweſens in der Rheinprovinz wird, wie die „Köln. Ztg.“ ſchreibt, der einſtimmig gefaßte Beſchluß werden, daß die Sommerverſammlung des Vereins in eine Wanderverſammlung unter Anſchluß der Tagung der Fachvereine umgewandelt werden ſoll. Dadurch würde in der Rheinprovinz, wie es in andern Provinzen ſchon mit dem größten Erfolge geſchehen iſt, eine Philologenverſammlung geſchaffen werden, ähnlich der großen allgemeinen Deutſchen Philologenverſammlung. Es iſt ſicher, daß die Schulbehörde dieſem Plane durchaus günſtig gegenüberſteht, auch iſt zu erwarten, daß die ſogenannte Oſterdienstag-Verſammlung ihre Tagung mit dieſer großen Verſammlung vereinigen wird.

* Eſchweiler 24. Jan. Hier droht ein Gaskrieg auszubrechen. Die Verhandlungen über den Ankauf des hieſigen Gaswerks durch die Stadt drohen an der zu hohen Forderung der Geſellſchaft zu ſcheitern. Die Stadt beabſichtigt daher, ein eigenes Gaswerk zu errichten, zumal ſämtliche in Frage kommenden Bürger ſich verpflichtet haben, das Gas demnächſt von ihr zu beziehen.

* M.-Gladbach 23. Jan. Eine von 800 Kaufleuten und Angeſtellten beſuchte Verſammlung hat ſich für den Achtuhr-Ladenſchluß und die Beſchränkung der Sonntagsarbeit, vorläufig auf drei Stunden, ausgeſprochen.

* M.-Gladbach 24. Jan. (Telegr.) Die Stadtverordneten beſchloſſen in ihrer heute abend ſtattgehabten Sitzung, aus Anlaß der ſilbernen Hochzeit des Kaiſerpaares für den bereits beſtehenden Unterſtützungsfonds für invalide ſtädtiſche Arbeiter und Angeſtellte 30,000 Mark zu ſtiften.

* Bochum 24. Jan. In der vergangenen Nacht ereignete ſich in der abſchüſſigen Caſtroperſtraße ein ſchweres Automobilunglück. Aus dem Kraftwagen des Gewerken Grimberg ſtürzten drei Perſonen. Der Bureaubeamte Pauli blieb mit zerſchmetterten Gliedmaßen tot auf dem Straßenpflaſter liegen. Der Lenker des Automobils blieb unverletzt; dagegen wurde, wie die „Köln. Vztg.“ meldet, ein anderer mitfahrender Chauffeur ſchwer und eine dritte Perſon minder ſchwer verletzt.

√ Bochum 24. Jan. Wie ſich nunmehr herausgeſtellt, liegt bei dem Grubenbrand auf der „Engelsburg“, bei dem beinahe 33 Mann ihr Leben eingebüßt, Brandſtiftung vor. Die Behörde betreibt eifrigſt die Unterſuchung, die Frevler zu entlarven.

Aus der Umgegend.

:•: Herſel 24. Jan. Seit der Erbauung der Rheinuferbahn ſind in der hieſigen Gemarkung beſonders in der Nähe des Ortes die Landpreiſe ſehr geſtiegen. Von der Rheinuferbahn wurden ſeiner Zeit 1,50 bis 2 Mark für den Quadratmeter gezahlt. Dieſe Preiſe wurden anfangs als ſehr hoch bezeichnet. Auf den in der letzten Zeit hier abgehaltenen Landverkäufen wurden aber die doppelten Preiſe für den Quadratmeter, nämlich 3 und 4 Mark gefordert. Neuerdings ſind auch dieſe Preiſe nicht hoch genug. Die hieſige Gemeindevertretung geht mit dem Plane um, einen neuen Weg anzulegen bezw. einen bereits beſtehenden zu erbreitern. Die intereſſierten Grundbeſitzer verlangten für die an die Gemeinde abzutretenden Parzellſtreifen 6 bis 8 Mark pro Quadratmeter.

::: Küdinghoven 24. Jan. Hierſelbſt iſt im Lokale des Herrn Peter Denkel ein Turnverein ins Leben getreten und hat mit ſeinen Uebungen ſchon begonnen.

+ Duisdorf 24. Jan. Vor einiger Zeit war die Inſtandſetzung des von hier nach Lengsdorf und zu den andern Gemeinden unſerer Bürgermeiſterei führenden Weges Gegenſtand von Erörterungen. Nun hat dieſe Frage inſoweit ſchon feſte Geſtalt angenommen, als ſie auch den Bürgermeiſtereirat beſchäftigte. Die Vorſchläge, die dieſer Verſammlung gemacht wurden, konnten indeſſen von derſelben nicht angenommen werden. Es wurde vorgeſchlagen, den Weg, der bis jetzt etwa 4 Meter hat, bis auf 14 Meter zu erbreitern. Die Koſten belaufen ſich indeß auf mindeſtens 60,000 M. Ein ſolcher Betrag iſt für die 4 kleinen Gemeinden faſt unerſchwinglich. Geſchehen aber muß etwas. Denn bei naſſem Wetter iſt der Weg kaum zu paſſieren, und dabei bildet er den einzigen Verbindungsweg zwiſchen dem Bürgermeiſtereiorte und den andern drei Gemeinden Lengsdorf, Ippendorf und Röttgen. Daß die gegenwärtige Breite des Weges nicht genügt, liegt auf der Hand.

═ Walberberg 24. Jan. In der letzten Sitzung des Gemeinderates konnte dem Gemeinderate die erfreuliche Mitteilung gemacht werden, daß trotz der ſteigenden Gemeindebedürfniſſe insbeſondere für Wegebau eine Erhöhung der Gemeindeumlagen für das kommende Rechnungsjahr nicht notwendig erſcheine. Es wurde beſchloſſen, 188 Proz. von der Einkommenſteuer, fingierten Einkommenſteuer und Forenſalſteuer pro 1906 zu erheben, ſowie 219 Proz. von der Gewerbeſteuer. An Stelle der Grund- und Gebäudeſteuer ſollen zur Erhebung gelangen 2,72 vom Tauſend des gemeinen Wertes der Liegenſchaften. Weiter hat der Gemeinderat beſchloſſen, den Heſſenweg bis zur Gemeindegrenze in Baſalt auszubauen und elektriſche Straßenbeleuchtung anzulegen, worüber zunächſt ein Koſtenanſchlag eingefordert werden ſoll.

+ Bruchhauſen 24. Jan. (Telegr.) Eine ſchreckliche Szene ſpielte ſich geſtern in einer hieſigen Familie ab. Der Ehemann kam angetrunken nach Hauſe, worüber die in dürftigen Verhältniſſen lebende Frau ihm Vorwürfe machte. Der Mann geriet derart in Wut, daß er ſeine Frau niederſchlug und die am Boden Liegende noch derart mißhandelte, daß die Aerzte jede Hoffnung auf Erhaltung des Lebens aufgegeben.

△ Bergheim (Sieg) 24. Jan. Verfloſſenen Sonntag wurde in einer von Intereſſenten rege beſuchten Verſammlung die Gründung eines „Obſt- und Gartenbau-Vereins“ beſchloſſen und durchgeführt. Gegen 30 Perſonen erklärten gleich ihren Beitritt. Auf dringendes Erſuchen übernahm Herr Dechant Otten die Leitung des jungen Vereins, während man Herrn Lehrer Clarenz zu ſeinem Stellvertreter ernannte. Das vom Herrn Dechanten entwickelte Programm iſt ein ſehr reichhaltiges. Die Mitglieder erhalten Anleitung in Einrichtung von Obſtanlagen, in Behandlung und Pflege des Baumes, im Ernten, Sortieren und in der Verpackung des Obſtes. Eine allgemeine Bepflanzung der bis jetzt von wenig einträglichene Weidenköpfen, Pappeln und Erlen beſtandenen Siegniederung mit Obſt wird angeſtrebt. Die Gründung einer Obſtverwertungs-Genoſſenſchaft dürfte in einigen Jahren erfolgen. Aber auch auf das Gebiet deß Gemüſebaues dehnt der Verein ſeine Tätigkeit aus. Unſer Boden iſt zum Gemüſebau wie geſchaffen. Insbeſondere hat die Rhabarberkultur eine Zukunft. Daß bis jetzt Obſt- und Gemüſebau eine faſt ſtiefmütterliche Behandlung erfahren haben, liegt zum großen, wenn nicht größten Teile an der mangelhaften Verbindung mit den Abſatzgebieten.

Bonner Lokal-Nachrichten.

Bonn 25. Jan.

* Die Anleihe der Stadt im Betrage von 4,400,000 Mark zu 3½ Prozent iſt am Montag überzeichnet worden.

* An den Abiturientenprüfungen am Königlichen Gymnaſium, die am Montag begonnen haben, beteiligen ſich 47 Prüflinge.

(:) Eine Bürgerverſammlung, vom Zugkomitee 1905 auf geſtern abend in das Hotel zum goldenen Stern einberufen, beſchäftigte ſich mit dem diesjährigen Roſenmontagszug. Zuvor erſtattete Herr Müller im Auftrage des alten Komitees einen kurzen Schlußbericht. Er hob die Ehrung hervor, die dem Prinzen Ferdinand und ſeiner Braut auf Beſchluß des Komitees in der letzten Sitzung des alten Jahres zu teil wurde, indem ein künſtleriſch ausgeſtattetes Diplom überreicht wurde. — Wie im vorigen Jahre übernehmen auch heuer die Stadtſoldaten die Inszenierung des neuen Zuges. Herr Parmentier forderte die Vertreter der Vereine auf, ſich zum Roſenmontagszug zu äußern. Da dieſe aber noch mit keinen Vollmachten ausgerüſtet waren, mußte die Beſchlußfaſſung auf eine bald einzuberufende neue Bürgerverſammlung mit poſitiverer Grundlage verſchoben werden. Der wichtige Schritt wurde aber ſchon geſtern getan, daß durch Akklamation das alte Zugkomitee mit einer kleinen Ergänzung einſtimmig und freudig wiedergewählt wurde. Es wurde in die Debatte auch der Gedanke hineingeworfen, ſtatt eines Komitees einen eingetragenen Zug- oder Karnevalsverein zu bilden, aber für dieſes Jahr wegen der vorgerückten Zeit fallen gelaſſen.

Lieder und Vorträge füllten den übrigen Teil des Abends aus.

√ Die Verwaltung des Armenweſens gibt ihren Bericht über die Zeit vom 1. April 1903 bis 1. April 1905 heraus, dem wir folgendes entnehmen: Infolge der Eingemeindung hat ſich die Zahl der Bezirksvorſteher um 9 und die der Armenpfleger um 47 vermehrt. Der Armenrat ſtellte auch für die eingemeindeten Orte Armenpflegerinnen an. Insgeſamt ſind in der Armenpflege tätig 28 Bezirksvorſteher, 116 Armenpfleger und 109 Armenpflegerinnen. Infolge des großen Umfangs des 4. und 10. Armenbezirks wurden dieſe geteilt und zu Vorſtehern dieſer Bezirke die Herren Rektor Engels und Lehrer Sauren gewählt.

Am 30. Januar 1905 fand die Jahresverſammlung ſämtlicher Mitglieder der öffentlichen Armenpflege ſtatt. 1903 wurden 20 und 1904 17 Sitzungen des Armenrats abgehalten.

Während der Berichtsjahre wurden gegeben an Ortsangehörige: 1903 77,454 M. und 1904 114,499 M.; an Naturalunterſtützungen für 9455 und 15,160 M. Auf nichtortsangehörige Arme fallen Beträge von 13,717 und 17,940 M. Die Geſamtausgaben der offenen Armenpflege betragen 1903 110,904 M. und 1904 169,662 M. Die Verpflegung hülfsbedürftiger Kranker (Krankenhauspflege) erfolgte in den kliniſchen Univerſitätsanſtalten, dem Johannes-Hoſpital, dem Friedrich Wilhelm-Stift und dem Krankenhaus der Barmherzigen Brüder. Die Kranken verteilen ſich auf dieſe Anſtalten wie folgt: Univerſitätskliniken 695, St. Johanneshoſpital 211, Friedrich Wilhelm-Stift 91, Krankenhaus der Barmherzigen Brüder 16. Für Pflege von Geiſteskranken uſw. wurden 52,042 und 61,513 M., für Siechenpflege 36,778 und 38,528 M. gegeben.

Im Aſyl für Obdachloſe haben vom 1. April 1903 bis 1. April 1904 5456, im folgenden Jahr 4478 Perſonen Unterkunft gefunden.

Auf Fürſorgeerziehung wurden 60 Anträge geſtellt, von denen bei 43 ſeitens des Gerichts entſprochen wurde.

Das Vermögen der Armenverwaltung beträgt nach dem Beſtand am 1. Januar 1905 Aktiva außer Grund- und Gebäudebeſitz an Kapital 823,071.36 M., denen 423,000 Paſſiva gegenüberſtehen.

Die Geſamteinnahmen belaufen ſich auf 203,996 und 238,461 M., die Geſamtausgaben auf 435,139 und 571,570 Mark, der Zuſchuß der Stadt auf 231,143 und 333,109 Mark, 4,33 M. bezw. 4,28 M. auf den Kopf der Bevölkerung.

§ Eisſport. Geſtern liefen auf der Eisbahn die Kunſtläufer Frl. Hübler und Herr Burger aus München. Die Produktionen der beiden wurden von den zahlreich erſchienenen Sportfreunden mit Bewunderung und Beifall aufgenommen.

═ Wegen Verletzung des Urheberrechts ſtand vor einiger Zeit der Verleger Heinrich Th. aus Köln vor der hieſigen Strafkammer. Der Angeklagte iſt Herausgeber und verantwortlicher Redakteur einer Zeitung, die in einem unſerer Nachbarorte erſcheint. Dieſe Zeitung druckte am 11. Juli 1904 einen Artikel „Was als Kollekte anzuſehen iſt“ ab, der in der „Kölniſchen Ztg.“ geſtanden hatte. Hierdurch ſoll Th. gegen das Urheberrecht verſtoßen haben. Die Staatsanwaltſchaft erhob auf Antrag des Verfaſſers des Artikels Klage. Th. wurde aber von der Bonner Strafkammer freigeſprochen. Das Gericht begründete dies Urteil u. a. folgendermaßen: Der Artikel habe wohl allgemeines Intereſſe gehabt, ſei jedoch keine Ausarbeitung wiſſenſchaftlichen Inhalts geweſen. Zu einer ſolchen gehöre, daß der Verfaſſer den Stoff nach wiſſenſchaftlichen Grundſätzen bearbeite und zu beſtimmten Ergebniſſen gelange. Hiervon ſei aber im vorliegenden Falle keine Rede. Der Verfaſſer habe ſich darauf beſchränkt, lediglich den Inhalt eines Gerichtsurteils wiederzugeben, damit war aber keine ſelbſtändige geiſtige Arbeit geleiſtet, ſondern die geiſtige Arbeit des Gerichts wiederholt uſw. Das freiſprechende Erkenntnis wurde von dem geſchädigten Schriftſteller angefochten, weil zu der Verhandlung verſehentlich nicht als Nebenkläger zugelaſſen worden war. Infolge deſſen fand Mittwoch vor der Strafkammer eine zweite Verhandlung ſtatt, die aber wieder nach den Gründen des erſten Urteils mit der Freiſprechung des angeklagten Verlegers endete. Der klagende Schriftſteller hatte einen Schriftſatz von über 100 Seiten geſandt, war aber ſelbſt nicht erſchienen. Von der Verleſung ſeiner Einſendung wurde Abſtand genommen, wohl aber wurde der erwähnte Artikel verleſen.

═ Um das Grab eines Verwandten ſchmücken zu können, ließ ſich die Ehefrau M. aus Siegburg, die allerdings ſchon dreimal wegen Forſtdiebſtahls vorbeſtraft iſt, erneut zu einem und zwar ſehr häßlichen Eigentumsvergehen verleiten. Sie entfernte von einem andern Grabe drei Palmen, die insgeſamt einen Wert von 1,20 M. hatten, und ſchmückte das Grab ihres Angehörigen. Da die Friedhöfe jedermann zugängig ſind und gewiſſermaßen unter dem Schutze der Allgemeinheit ſtehen, muß Diebſtahl auf ihnen beſonders ſchwer beſtraft werden. Die Bonner Strafkammer, vor welcher Frau M. ſich am Mittwoch rechtfertigen ſollte, hielt deshalb auch im vorliegenden Falle eine empfindliche Strafe für angebracht und verurteilte Frau M. zu 4 Monaten Gefängnis.

═ Die Uhr. Am 14. Oktober nachts entwendete der Fabrikarbeiter Sch. in einer Wirtſchaft einem Kameraden, der eingeſchlafen war, die Uhr. Darauf machte er ſich davon. Der Beſtohlene entdeckte jedoch bald den Verluſt und ging in Begleitung mehrerer Bekannten dem Durchbrenner nach. Es gelang ihnen auch, dieſen noch zu ſtellen und ihm die Uhr abzunehmen. Sch. wurde — wie wir ſ. Z. berichteten — vom Schöffengericht für den Diebſtahl empfindlich beſtraft. Noch empfindlicher traf ihn allerdings die Beſtrafung, welche die empörten jungen Leute gleich über ihn verhängt hatten, als ſie ihm die Uhr abnahmen. Sie verprügelten ihn nämlich dermaßen, daß er nicht nur mit braun und blauen Flecken wie beſät war, ſondern auch einen Arm brach. Damit hatten die „Lyncher“ weit die Grenze überſchritten, welche man ihrer berechtigten Erregung zuſtehen könnte. Deshalb mußten ſich am Mittwoch die Fabrikarbeiter Heinrich M., Adolf Schm. und Auguſt G., ſämtlich von hier, vor der Strafkammer wegen ſchwerer Körperverletzung verantworten. Sch. hat die ſchwerſte Verletzung, mehrere Schläge mit einem ſtarken Holzpfahl erlitten. Keiner der Angeklagten will aber den Pfahl, welcher dem Gerichte vorlag, in den Händen gehabt haben. Die Zeugenausſagen ergaben jedoch, daß Schm. die verhängnisvollen Schläge ausgeteilt habe. Deshalb wurde er am ſchwerſten beſtraft und zwar zu 4 Monaten Gefängnis. Die andern beiden, welche ſich nur der Fauſt zum Schlagen bedient hatten, kamen mit einer Geldſtrafe von je 30 M. davon.

+ Aus Fahrläſſigkeit verwundete am Dienstag abend auf dem Kaiſerplatz ein angetrunkener Dachdecker einen Genoſſen, indem er im zornigen Reden über einen Dritten, mit dem Meſſer in der Luft herumfuchtelte und dabei ſeinen Begleiter in die Seite traf. Dieſer brach, ſchwer verletzt, einige Schritte weiter zuſammen und wurde in das Friedrich-Wilhelm-Stift gebracht. Der Täter wurde feſtgenommen.

Telegramme und Neueſte Nachrichten.

* Paris 24. Jan. (Telegr.) Kammer. Das Haus nahm in der fortgeſetzten Beratung der Arbeiterverſicherung den ganzen Artikel 3 an, der die Beſchaffung von Geldmitteln für die Penſionierung behandelt.

* Paris 24. Jan. (Telegr.) Aus der franzöſiſchen Kolonie Tonking wird gemeldet, daß zahlreiche Banden regulärer chineſiſcher Truppen in das Land gedrungen ſind und mehrere Dörfer geplündert haben. Zahlreiche Frauen und Kinder wurden niedergemetzelt. Eine franzöſiſche Abteilung von 400 Mann überraſchte die Bande, als ſie gerade bei der Zerſtörung eines Dorfes war. Die Chineſen waren mit Mauſergewehren bewaffnet und leiſteten hartnäckigen Widerſtand. Der Kampf dauerte drei Stunden. Die Chineſen hatten 300 Tote und zahlreiche Verwundete. Auf franzöſiſcher Seite fielen 45 Mann. Der Führer der Franzoſen, Major Lecointre wurde ſchwer verwundet. — Das franzöſiſche Kolonialminiſterium hat die Nachricht von weiteren chineſiſchen Angriffen erhalten. Es ſollen bedeutende Verſtärkungen in die bedrohten Gegenden entſandt werden.

** Madrid 24. Jan. (Telegr.) Nach einer Meldung aus Algeciras erklärten die marokkaniſchen Delegierten ganz offen, daß niemals, was auch geſchehen möge, Europäer und Marokkaner ſich miteinander verſtändigen werden.

—* Berlin 24. Jan. (Telegr.) Die in der Königlichen Nationalgalerie veranſtaltete Jahrhundertausſtellung wurde heute durch den Kronprinzen feierlich eröffnet. Profeſſor Reber-München, der als Mitglied des Ausſchuſſes für die Ausſtellung auf die deutſche Kunſtgeſchichte hinwies, dankte dem Kronprinzen für die Uebernahme des Protektorates und allen Beteiligten für die Darleihung der ausgeſtellten Werke.

** Berlin 24. Jan. (Telegr.) Zu lebenslänglichem Zuchthauſe iſt jetzt der Heilgehilfe Hugo Walter, der vom Schwurgericht wegen Ermordung ſeiner Frau zum Tode verurteilt wurde, begnadigt worden. Einſtweilen iſt er jedoch in die Irrenanſtalt Herzberge gebracht worden.

—* Troppau 24. Jan. (Telegr.) Die etwa 1000 Mann zählende Belegſchaft des Thereſienſchachtes der Witkowitzer Werke in Polniſch-Oſtrau iſt in den Ausſtand getreten, weil ein Arbeiter wegen eines Streites mit einem Oberhäuer entlaſſen worden iſt.

** Hamburg 24. Jan. (Telegr.) Durch die Erſchütterung bei Schießübungen mit großen Küſtengeſchützen erfolgte auf Helgoland ein Felsſturz.

—* Zittau 24. Jan. Der 60jährige Oberlehrer Ludwig, Kaſſierer der Hülfskaſſe der Lehrerſchaft, iſt auf Verdacht der Unterſchlagung von 24,000 Mark verhaftet worden.

—* Gleiwitz 24. Jan. (Telegr.) Auf dem Stahlwerke der Friedenshütte kam beim Blockgießen ein Block zur Exploſion. Fünf Arbeiter erlitten ſchwere Brandwunden.

** Breſt 24. Jan. (Telegr.) Fiſcher aus Roscoff ſichteten geſtern in der Nähe der Inſel Batz die aus dem Waſſer hervorragenden Maſten eines großen unbekannten Dampfers. Ein Kompaß, der einem engliſchen Dampfer gehörte, wurde in der Nähe der Stelle gefunden.

Die Revolution in Rußland.

* Königsberg 23. Jan. (Telegr.) Amtlich. Nach einer Grajewoer Meldung iſt der Verkehr auf der Strecke Koskow-Millerowo der ruſſiſchen Südoſtbahnen wieder aufgenommen worden.

* Bromberg 23. Jan. (Telegr.) Amtlich. Güter in Wagenladungen für Sosnovice der Warſchau-Wiener Bahn Ort ſind wieder anzunehmen; über Sosnovice W. W. hinaus bleibt der Wagenladungsverkehr zunächſt noch geſperrt.

* Petersburg 24. Jan. (Telegr.) Petersburger Telegr.-Ag. In den Gouvernements, wo die Israeliten das Anſäſſigkeitsrecht genießen, wurde die Zahl der Ortſchaften auf dem flachen Lande, wo ſie ungehindert Aufenthalt nehmen können, um 133 vermehrt.

* Wenden (Gouvernement Livland) 24. Jan. (Telegr.) Die Ankunft der Truppen des Generals Orlow in Walk hat der revolutionären Bewegung in den Kreiſen Walk und Werro ein Ende gemacht. Auch das Vorrücken der Truppen nach Pernau und Riga hatte guten Erfolg.

* Tiflis 23. Jan. (Telegr.) Der zur Säuberung des Tunnels bei Suram abgelaſſene Militärzug fuhr bis zur Bahnſtation Rion, etwa 10 Klm. von Kutais. Bei Kwirila fand ein Zuſammenſtoß zwiſchen Truppen und Aufſtändiſchen ſtatt, wobei es viele Tote gab. Kwirila ſteht in Flammen. Die Wiederherſtellung des Verkehrs mit Batum iſt bald zu erwarten. In Sotſchi haben die Aufſtändiſchen ihre Waffen ausgeliefert.

* Paris 24. Jan. (Telegr.) Den hieſigen Blättern zufolge haben die ruſſiſchen Kapitaliſten mehrere Millionen Rubel nach Paris und London gebracht, da ſie befürchten, das Geld könnte ihnen von der Regierung beſchlagnahmt werden.

** Paris 24. Jan. (Telegr.) Die Mehrzahl der ruſſiſchen revolutionären Führer iſt in Sicherheit, trotz der maſſenhaft vorgenommenen Verhaftungen.

* Warſchau 24. Jan. (Telegr.) Ein Arbeiter, der im Verdacht ſtand, der Polizei Dienſte geleiſtet zu haben, wurde von den Genoſſen durch Revolverſchüſſe verwundet und ſpäter im Hoſpital durch Dolchſtiche ermordet.

Briefkaſten.

W. 72. Die beiden Kaſſen dürfen nicht mehr zahlen, wie Ihnen geſetzlich zuſteht. In den Statuten muß ein Vermerk ſtehen, wie lange gezahlt wird. Sie haben dies gewiß überſehen.

„Lehrerin“. Herr C. Neſſen, Seminarlehrer in Münſtereifel, iſt gleichzeitig beſonders zu empfehlen. Die weiteren Mitteilungen machen wir für die Folge ſchriftlich auf die betreffende Anfrage.

K. Sch. 64. Nach unſerem Ermeſſen muß der C.-Verein Ihnen die Dividende auszahlen. Wenn jedoch in den Statuten anders vermerkt, z. B. „Der Austretende verliert alle Anſprüche beim Austritt“, oder ähnliches, dann können Sie nicht gerichtlich dagegen angehen.

H. D. 100. Da der Lieferant Ihnen nicht gute Ware lieferte, können Sie dieſe verweigern, jedoch die ſchriftliche Kündigung müſſen Sie einhalten. Frage 2. Unkenntnis der Geſetze ſchützt vor Strafe nicht. Jedoch in dieſem Falle ſind Sie nicht ſtrafbar; melden Sie den Sachverhalt auf dem dortigen Bürgermeiſteramt.

H. D. 100. Welchen Arzt Sie nehmen, wird gewöhnlich vorgeſchrieben, von dieſem müſſen Sie ſich dann unterſuchen laſſen. Erkundigen Sie ſich auf dem Bürgermeiſteramt.

K. N. 105. Die Zeitungen lauten „Deutſche Konfektion“, Berlin, „Der Konfektionär“, Berlin, „Der Geſchäftsfreund, Zentralorgan für Angebote und Nachfrage in Manufaktur-, Konfektions- ꝛc. Waren“, Berlin, „Manufakturwarenzeitung“, Berlin, „Manufakturiſt“ in Hannover.

Kind, das Lehrerin werden will. Für Elementar- und höhere Examen empfehlenswert „Penſionat der Urſulinerinnen in Herſel bei Bonn“.

Die Landgemeinde Tetz im Kreiſe Jülich, Bürgermeiſterei Hottorf, erhebt keine Gemeindeſteuern.

Etymologiſches. Man ſchreibt der „Voſſ. Ztg.“ aus Paris: Der Name des Herrn Loubet hat keinen ausgeſprochenen ſüdfranzöſiſchen Charakter. Er bedeutet, wie wohl allgemein bekannt ſein dürfte, „Wölflein“, junger Wolf, und iſt die Verkleinerungs- oder Koſeform von „Loup“. Dieſe Form auch —et und —ette iſt eigentlich nordfranzöſiſch, doch gehört ſie auch den Uebergangsdialekten von der Langued'oïl zur Langued'oc an und kommt in dieſer ſelbſt als —eto vor; echt languedociſch müßte alſo Herr Loubet richtig „Loubeto“ heißen. Herr Fallières aber trägt einen Namen, welcher der reinen Langued'oc angehört. Das Wort iſt nämlich die mundfaule oder von einem verwahrloſten Dialekt abgeſchliffene Ausſprache von Faguières — bekanntlich trug ein vor wenigen Jahren verſtorbener berühmter franzöſiſcher Bildhauer dieſen Namen — und „Falguières“ iſt die romaniſche Form des vulgär-lateiniſchen „Filicarias“, von Filix, Farnkraut. Filicarias bedeutet den Beſitzern oder Bewohner einers farnbeſtandenen Waldbodens oder Oedlandes. Doumer iſt ebenfalls ſüdfranzöſiſch; nicht gerade klaſſiſches Provenzaliſch, aber doch den ſüdlich von der Loire geſprochenen Volksdialekten entnommen. Die urſprüngliche Form von Doumer iſt Doumerc; in dieſer Form kommt der Name häufig vor; auch Doumergue; ſo heißt zum Beiſpiel ein Abgeordneter des Gard-Departements, der im Miniſterium Combes Handelsminiſter war. Doumergue, Doumerc, Doumer iſt nichts anderes als eine leichte Verunſtaltung und Abkürzung des Vornamens Dominique, Dominikus. Die Vertauſchung des lateiniſchen n mit r iſt eine dem Provenzaliſchen und Spaniſchen eigentümliche Form des Rhodazismus. Wie man ſieht, weiſen die Namen ſowohl des neuen Präſidenten als auch ſeines überwundenen Wettbewerbes auf den franzöſiſchen Süden und auf beſcheidenſte bäuerliche Urſprünge hin.

△ Der fortgeſetzte Vogelmord in Italien. Es heißt immer, daß in Italien endlich energiſche Schritte [illegible] Winter an den Zugvögeln [illegible] Gegenden kommenden Singvögeln verübt wird. Die [illegible] Kreiſe, die königliche Familie einſchließlich, haben ſich angeblich für dieſe Frage zu intereſſieren begonnen, aber von einem Erfolg ſcheint vorläufig nichts wahrzunehmen zu ſein. Während man in Deutſchland, Oeſterreich, der Schweiz, Frankreich, England und in den Vereinigten Staaten ſchon ſeit langem einen Vogelſchutz eingeführt hat, bleibt Italien, wo er am notwendigſten wäre, noch immer ganz zurück. Dazu kommt, daß die Singvögel nicht nur das menſchliche Ohr erfreuen und dadurch zu einer Zierde unſerer Wälder werden, ſondern auch große Wohltäter der Landwirtſchaft ſind, indem ſie ungezählte Inſekten vertilgen. Das ſchöne Italien hat gerade dieſen lieblichſten Geſchöpfen der Natur den Krieg erklärt, und ſieht in ihnen nur Wertgegenſtände entweder für den Gaumen und Magen oder durch ihre Federn für die Befriedigung menſchlicher Eitelkeit und Bequemlichkeit. Im Dezember berichtete, wie der „Cosmos“ verzeichnet, die große römiſche Zeitung „Tribuna“ unter der Spalte für Sport (!), daß in Arzignano (Provinz Vicenza) in nur 3 Tagen 2044 Finken in Netzen gefangen wurden. Der Mailänder „Secolo“ hat den Brief eines Engländers veröffentlicht, der jedes Jahr in Italien weilt und dem Vogelmord ſeine Beachtung zugewandt hat. Er verſichert, daß ohne irgendwelchen Unterſchied zwiſchen den Vogelarten zu machen und ohne ſich die geringſte Rechenſchaft über die große Schädigung der Landwirtſchaft zu geben, die Bewohner Italiens ihre nichtsnutzige Verfolgung der Vögel fortſetzen, gleichviel ob es ſich um Finken handelt oder um Stieglitze, Nachtigallen, Grünfinken, Rotkehlchen, Meiſen, Grasmücken uſw. Gerade an der öſtlichen Riviera ſcheint der Vogelmord ſeine größten Triumphe zu feiern, und es iſt die Frage, wie lange es noch dauern kann, bis die großen Scharen der Vögel, die jährlich von Nordeuropa dorthin zur Ueberwinterung kommen, merklich gelichtet ſein werden. Sollten dieſe Händlichkeiten wirklich zu unbedeutend ſein, um eine diplomatiſche Intervention bei der italieniſchen Regierung zu rechtfertigen?

√ Häuſer und Hüte. Ein amerikaniſcher Baumeiſter iſt auf [illegible] Häuſer und Hüte [illegible] chen. Er iſt dabei von der Anſchauung ausgegangen, daß jede Nation unter der Sonne ihren eigenen Bauſtil beſitze und ebenſo auch eine ihr eigentümliche Kopfbedeckung. Nun ſcheinen ihm Helme, Turbane, Mitren, Mützen, Hüte und Perücken eine beſtimmte Aehnlichkeit mit Kuppeln, Helmdächern, Türmen, Pagoden und Giebeln zu beſitzen. Namentlich bei den Aegyptern, Lappländern und den Bewohnern von Hawai hat der Architekt in den Kopfbedeckungen eine Nachbildung der Form ganzer Gebäude gefunden, während bei Griechen, Römern, Ruſſen und Türken nur die Krönung des Gebäudes ſich in der Geſtalt der Kopfbedeckung wiederholt, im Rococoſtil endlich nur gewiſſe Einzelheiten und Verzierungen. In Hawai, wo ſich der amerikaniſche Baumeiſter längere Zeit aufgehalten hat, iſt einer der merkwürdigſten Hüte gebräuchlich, die überhaupt irgendwo auf der Welt getragen werden, und ein Vergleich zeigt, daß er die größte Aehnlichkeit mit den Grashütten beſitzt, die ſich als Reſt alter Zeit noch hie und da auf dieſer Inſelgruppe im Großen Ocean erhalten haben. Die eigentümliche Kopfbedeckung eines Aegypters erinnert an architektoniſche Einzelheiten der Tempel des Nillandes, und noch eher läßt ſich der Vergleich chineſiſcher Hüte mit Dächern der Pagoden nach Abbildungen, die heute wohl jedermann zugänglich ſind, nachprüfen und anerkennen. Ins Altertum zurückgehend, ſtellt der amerikaniſche Architekt einen griechiſchen Schäfer mit einem Hut dar, der ſtark an das dreieckige Dach der öffentlichen Gebäude und Tempel des damaligen Griechenlands mahnt. Der runde Helm ferner, der von einem römiſchen Söldner getragen wurde und dicht am Kopf anſchloß, war von ganz ähnlicher Geſtalt wie die großen Kuppeln auf den mohammedaniſchen Moſcheen. Die Kreuzfahrer trugen einen zeltförmigen Hut mit einem Kreuz darauf und mit einer Klappe zum Schutz des Nackens daran. Die Zelte der Kreuzfahrer, die während des Aufenthalts im Heiligen Land benutzt wurden, ſollen mit dieſen [illegible] lung der mächtigen Lockenperücken der franzöſiſchen Rococo-Könige mit der damals an Gebäuden gebräuchlichen Verzierungen aus, die den Baumeiſter geradezu an gelockte Perücken denken laſſen. Spaniſche Frauen bedecken ihr Haupt mit Hüten, die Falten an den Rändern haben, und ſie bewohnen Häuſer und beſuchen Kirchen, deren Ziegeldächer unſeren Baumeiſter lebhaft an den Faltenhut erinnern. Aehnliche Vergleiche werden angeſtellt zwiſchen dem Federſchmuck der nordamerikaniſchen Indianer und ihren Wigwams, ferner zwiſchen dem Kegelhut der Puritaner und den Türmen der rohen Kirchen aus der älteſten Zeit Neu-Europas. Die Lappländer endlich tragen Pelzkappen, die ihren Kopf gleich einem Muff umhüllen, und ihre Hütten haben dieſelbe Form, indem ſie nur durch ein rundes Loch zugänglich ſind. Sogar vor den Cylinderhüten macht die Phantaſie des amerikaniſchen Architekten nicht Halt, ſondern vergleicht ſie mit den „Himmelskratzern“, die ſich in den Großſtädten namentlich ſeines Vaterlandes finden. Ein wahrer Kern mag in dieſen Beobachtungen ſtecken, nur ſcheint ihr Urheber etwas darin geſucht zu haben, ſeine Theorie überall beſtätigt zu finden.

** Der Straßenbahner als Menſchenkenner. Im Berner „Bund“ wird folgendes erzählt: Eine Dame will ihr Fahrgeld entrichten und überreicht dem Billetteur eine Franks-Note. Da dieſer nicht wechſeln kann, begnügt er ſich mit dem Verſprechen, daß ſie das nächſte Mal bezahlen werde. Die Nebenſitzenden ſind erſtaunt. Fragen ſtürmen auf den Vertrauensſeligen ein. „Kennen Sie die Dame? Wird ſie bezahlen? Die Augen der Damen ſind trügeriſch!“ In ſtoiſcher Ruhe antwortet der Mann: „Sie wird kommen und bezahlen; ich habe ſie nie geſehen, ſie hat aber ein ehrliches Geſicht, ich verlaſſe mich darauf.“ Als aber ein Herr mit [illegible] Regenſchirm mit goldenem Griff [illegible]

Literariſches.

163) Dr. Wilhelm Ruland, ein geborener Bonner, wurde vom König Friedrich Auguſt zum königlich ſächſiſchen Hofrat ernannt. Obwohl er lange Zeit, darunter mehrere Jahre als Prinzenerzieher, im Auslande lebte, hat Ruland ſich doch allzeit als rheiniſcher Schriftſteller gefühlt und als ſolcher mit Erfolg bekundet. Die anmutige Dichtung „Aennchen von Godesberg“, ein „Rheinlandsſang aus unſeren Tagen“, machte ſeinen Namen zuerſt weiten Kreiſen bekannt und ſicherte dem damals fünfundzwanzigjährigen Autor namentlich in ſtudentiſchen Kreiſen einen wachſenden Verehrerkreis. Das Epos iſt inzwiſchen wiederholt aufgelegt worden, zum letztenmal von dem feinſinnigen Stift einer rheiniſchen Künſtlerin illuſtriert. Ein dankenswerter Beitrag zur Förderung der Heimatſchönheit iſt Rulands „Rheiniſches Sagenbuch“, heute als einziges vollwertiges dieſer Art anerkannt und in ſeiner poetiſchen Proſa ein würdiges Gegenſtück zu der in der Versform erklingenden Sammlung Karl Simrocks. Eine engliſche Ausgabe des ſoeben in vierter illuſtrierter Auflage erſchienenen Buches, von Lord Avebury mit einem Geleitwort verſehen, ſowie eine von Ruland ſelber beſorgte franzöſiſche Uebertragung erfreuen ſich beide einer gleichen beifälligen Aufnahme. Als gemütvoller Erzähler bevorzugt Ruland, der erſt vor kurzem von Leipzig nach Nymphenburg bei München übergeſiedelt iſt, heimatlichen Boden. Von ſeinen rheiniſchen Erzählungen haben namentlich „Der Achtundvierziger“, ein Bonner Lebensbild aus den Tagen Gottfried Kinkels und Karl Schurz (zuerſt im Sonntagsblatt der „Deutſchen Reichs-Zeitung“ veröffentlicht), ſowie „Der Türmer von Bonn“, ein Kulturlied aus der rheiniſchen Franzoſenzeit, durch Abdruck in rund fünfzig rheiniſch-weſtfäliſchen Zentrumsblättern einen zahlreichen Leſerkreis gefunden.

164/165) Soeben erſchien im Verlage der Leutnerſchen Hofbuchhandlung in München und iſt zum Preiſe von 1 M zu beziehen: J. Hecher, Die ſieben Kreuzesworte Jeſu Chriſti, Faſtenpredigten, gehalten an der Hofkirche München; ferner von Prälat A. Huhn, nach ſtenogr. Aufzeichnungen von Herrn Pfarrer Graßl, Rottenbach, herausgegebenes und im ſelben Verlage erſchienenes Buch: Faſtenpredigten in drei Cyklen, mit einem Anhange: Exercitien-Vorträge für Männer. Preis 2,40 M. Beide Bücher ſind ihres Inhaltes wegen den hochw. Herren Geiſtlichen beſonders für die kommende Faſtenzeit zu empfehlen.

Köln 24. Januar 1906. Stimmung feſter.

Kölner Wechſelpreiſe.					
Amſterdam kurz	168.95 G.	Italien, kurz	81.25 G.	London kurz	20.45 G.
„ 2 Mon.	168.25 G.	„ 2 Mon.	80.70 G.	„ 3 Mon.	20.27 G.
Paris, kurz	81.40 G.	Antw.-Brüſſel krz.	81.26 G.	Wien kurz	86.65 G.
„ 2 Mon.	81.10 G.	„ „ 2 Mon.	80.75 G.	„ 2 Mon.	84.50 G.
Rheiniſche Anlagepapiere.					
Aach. 3½ St.-O.	98.00 G.	Duisb. 3½ St.-O.	97.50 G.	K.-M. 3½ P.-A.	145.00 G.
Brm. 3½ St.-O.	98.25 G.	Trierer St.-Anl.	00.00 G.	Rheinpr.-O. 3½	98.60 G.
Bonner 3 St.-O.	87.00 G.	Eſſen. 3½ St.-O.	97.50 G.	„ „ 3	88.00 G.
Kölner 3½ St. 91	98.90 G.	Hag. 3½ St.-O.	98.00 G.		
Verſicherungs-Actien.					
Aach.-Münch. F.-V.	11850 G.	Düſſ. A.-See-V.	450 G.	Mn., R. u. „	1345 G.
Colonia, „	8250 G.	Niederl. Güt.-Anl.	750 G.	Rh.-Weſtf. „	380 G.
Gladbacher „	1755 G.	Rhein.-Weſtf.-Lloyd	316 G.	Concordia, L.-V.	1250 B.
Leipziger „	6100 G.	Rhenania, Tr.-G.	1500 B.	Köln. Unfall-Verſ.	640 B.
Magdeburger „	4710 G.	Aachener Rückv.	2050 G.	Elberf. Hagelv.-G.	335 B.
Vaterländiſch. „	6550 G.	Agrippina „	515 B.	Köln. Hagelv.-G.	275 bG.
Weſtd. Verſich.-B.	1470 G.	Colonia Rückv.	830 G.	Union Hagelv.-G.	620 G.
Agrippina, Tr.-G.	625 B.	Kölner „	1620 G.		
Sonſtige Actien.					
Düſſeld. Dampfſch.	160.00 G.	Bierſ. Baumwſp.	104.00 B.	Rh. Zuckerf. cv.	105.00 bG.
Kölner „	158.00 G.	Köln. Gummifabr.	104.00 G.	Rhein. Bau-G.	[illegible]
„ Schleppſch.	60.00 B.	Adler-Brauerei	175.00 B.	„ Waſſerw.	174.00 G.
C.-N.-G.-Brauerei	000.00 G.	[illegible]	60.00 G.	„ Weſtf.-Jnd.	229.00 G.
Mech. W. Bielefeld	206.00 G.	Chem. F. [illegible]	180.00 G.	„ „ Sprgſt.	226.00 G.
Gladb. Baumwſp.	167.00 G.	[illegible]	109.50 bG.	Köln-Rottw. Pulvf.	265.00 G.
Ravensb. Spinn.	122.00 G.	Kalker Brauerei	75.00 B.		
Schuldverſchreibungen.					
Bergiſch-Märk. 3. S. 3½	99.10 G.	Buderus 4½ O.	100.60 G.	Köln. Maſch. 4½	102.00 G.
Bröltaler 4½	100.50 G.	Dortm. Un. 5	111.50 G.	Köln-Müſ. 5	103.50 G.
Weſtd. Eiſ.-Obl.	96.75 G.	Düſſ. E. u. D. 4½	104.50 G.	Maſſ.-Bgw.-O. 4½	100.00 G.
Mlb. Br. 4½	103.50 G.	Gelſenkirchen 4½	101.00 G.	Kalker Brau. 4½	104.50 G.
Baſalt-Obl. 4½	103.00 G.	Harpener B. 4	100.75 G.	Kölner Baum. 4	99.50 G.
Boch. Gußſt. 4½	000.00 G.	Helios-Obl. 4	81.50 G.	Wurmrev.-Obl.	120.50 B.
		Hörder B. 4½	102.00 G.		
Bergwerks- und Hütten-Actien.					
Baſalt-Actien	74.00 G.	Hark. M. u. B.-G.	111.00 G.	Kölner Maſch.	00.00 G.
Fr. Wilh. H. E. A.	144.00 G.	Hibernia	000.00 G.	Kölner Pr.-Act.	105.00 B.
Bonner B.-W. c.	145.50 G.	Allg. Berglnſ.	65.00 G.	Sürth. Maſch.-F.	83.00 B.
Deutſchland Maſch. Fabrik	173.00 G.	Humboldt-Act.	128.00 G.	Witt. Gußſtahl	261.00 G.
Bergiſch-Märk.	166.25 bG.	Schaaffh. Bankv.	164.50 bG.	Weſſel Porzellan	131.00
Rh.-Wſ.-Disc.-G.	140.50 bG.	Weſtdeutſche Jute	118.50 bG.		

Kohlen und Metalle.

(Bericht vom 24. Januar.)

Amſterdam. Zinn Banca 100½, Billeton 100½.
Glasgow. Roheiſen Warrants (Schluß) 52 S. 11½ d.
London. Kupfer 78 £ 17 S. 6 d., Maklerſchlußpreis 78 £ 17 S. 6 d., Zinn Straits 165 £ 15 S. 0 d., engl. 168 £ 10 S. 0 d. Blei ſpan. 17 £ 00 S. 0 d., engl. 17 £ 7 S. 6 d., Zink gew. Marken 28 £ 5 S. 0 d., beſſ. Marken 28 £ 15 S. 0 d.

Wetterausſichten in Nordweſt-Deutſchland für den 25. Jan. Fortgeſetzt Froſt. (Köln. Ztg.)

Freitag, den 26. Januar, morgens 8 Uhr, findet in der Herz-Jesu-Kirche das

Jahrgedächtnis

statt für den verstorbenen

Herrn Anton Dahm,

wozu freundlichst eingeladen wird. 6940

Beerdigungs-Anstalt „Pietät“
Joh. Lieberz, Bonn
11 Kölnstrasse 11, gegenüber dem „Kölner Hof“.
Särge-Fabrik und **-Lager** einfacher sowie hocheleganter **Holz-** und **Metallsärge.** — Kostenlose und prompte Besorgung aller Beerdigungs-Angelegenheiten.
„Bei Trauerfällen erbitte die Mitteilung möglichst sofort.“
Fernsprecher 1489.

Nutzholz-Verkauf.

Am Dienstag, den 30. Januar 1906, von 2 Uhr Nachmittags an, werden im Horſt'ſchen Saale hier aus dem Stadtwalde folgende ungefähre Holzmengen verkauft:

Diſtrikt 17a und b — Kapellchensgarten — No. 51—57, 61 und 62=130 Fichtenſtämme mit 80 fm, No. 58—60 und 63=54 Fichtenſtangen I. Klaſſe.

Diſtrikt 19a und 18a — Kapellenzuſchlag — No. 64=5 Nadelholzſtämme mit 0,83 fm, No. 65—73, 77—104 und 107—129 = 64 Eichenſtammabſchnitte mit 57 fm, (Tiſchler-, Küfer- Stellmacherholz), No. 105 und 106=2 Buchenſtämme mit 2,89 fm, No. 130=1½ rm Eichen-Nutzholz I. Klaſſe (Küferholz).

Diſtrikt 26b — Schornſtein — 33b — Burgacker — 34b — Münſterpfad, No. 131—133=14 Eichenſtämme mit 6,93 fm, No. 134—147=15 Eichenſtammabſchnitte mit 16 fm.

Diſtrikt 37b — Auf dem Rott — No. 148—150 = ca. 45 Lärchenſtämme mit 10 fm.

Diſtrikt 31a daſ. 1878 Kiefernſtämme mit 250 fm, No. 204=6 Fichtenſtangen II. Klaſſe, No. 205—207=33 Kiefernſtangen IV. Kl. Nr. 238—295 10 Eichenſtämme mit 10 fm (Stellmacherholz).

Diſtrikt 38c — Forſt ca. 55 Buchenſtämme mit 40 fm.

Diſtrikt 25 — Neukirchener-Oertchen No. 240=20 Erdabſchnitte mit 3,82 fm.

Wiltenhardt. Diſtrikt 12 — Fels — No. 241—257 = 14 Lärchenſtämme mit 17 fm und 21 Fichtenſtämme mit 27 fm, No. 258 und 261 = 20 Fichtenſtämme mit 6 fm, No. 259 und 260=21 Kiefernſtämme mit 10 fm, No. 262—290 = 96 Fichtenſtangen I. Klaſſe, 227 II. Klaſſe, 182 III. Klaſſe und 90 Baumpfähle.

Diſtrikt 1 — Binnenberg — No. 291=15 Kiefernſtämme mit 7,89 fm, No. 292 = 15 Fichtenſtämme mit 1,53 fm.

Rheinbach, den 15. Januar 1906.
Der Bürgermeiſter **Commessmann.**

Grosser Möbel-Verkauf.

Donnerstag den 25. Januar und Freitag den 26. Jan., jedesmal um **10 Uhr** beginnend, werde ich im **Hotel Royal,** Coblenzerſtraße, eine Maſſe Möbel **öffentlich und meiſtbietend gegen Barzahlung verſteigern.** Zum Verkaufe gelangen:

Betten, große runde und ovale polierte Tiſche, Sofas, Kleiderſtänder, Waſchtiſche, Nachttiſche, große Spiegel, ſchöne Schreibſekretäre, Seſſel, Stühle, Handtuchhalter, mittlere Spiegel, 1 Mahag. Billard mit 12 Stäben und 3 Elfenbeinballen ꝛc. ꝛc.

Auktionator Carl Grahn,
vereideter Gerichts-Sachverſtändiger.

Königliches Gymnasium.

Zu der am Freitag den 26. Januar, Nachmittags 3 Uhr, in der Aula stattfindenden

Vorfeier

des Allerhöchsten Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers und Königs Wilhelm II.

beehrt sich die Angehörigen der Schüler und die Freunde der Anstalt ganz ergebenst einzuladen

Der Direktor Dr. Contzen. 401

Poppelsdorf.

Schellfiſch von 20 ₰ an, **Kabliau** ohne Kopf 30 ₰, **Knurrhahn, Sprotten, Bratheringe, Stockfiſch, Rollmops** 6 ₰, marinierte **Heringe** 2 Stück 15 ₰, **Sardinen** per Pfd. 35 ₰. **Feigen** 25 ₰, **Haſelnüſſe** und **Baumnüſſe** 30 ₰, **Eßkaſtanien** 10 ₰, **Datteln** 25 ₰, **Apfelſinen** 3 Stück 10 ₰, friſche **Gutsbutter** 1.25 M, **Preißelbeeren** 40 ₰, bei 5 Pfd. 35 ₰, **ſaure Bohnen, Sauerkraut, Eſſigzwiebel, Salzgurken.** 6948

Heinr. Strahl, Clemens-Auguſtſtraße 94.
Alleinverkauf von Füeſers Kaffee für Poppelsdorf.

Soeben friſch eingetroffen:

Eine Waggonladung

Eier!

Stück 5 Pfg.

Spezial-
Eier- und Fettwaren-Geſchäft
En gros & en détail 399

Hermann Brod
Kölnſtraße 5 Telefon 992 Kölnſtraße 5.

Bonner Bürger-Verein,
(Fernsprecher 922)
Giergasse 30 am Belderberg,

Weinhandlung
en-gros & en-detail L 60

hält sein reichhaltiges Lager in **Rhein-, Mosel-, deutschen u. ausländ. Rothweinen, sowie Südweinen** bestens empfohlen. — Prompte Besorgung aller Aufträge in Flaschen und Gebinden. — Preisliste wird auf Wunsch zugesandt.

Die nachbenannten **Niederlagen** verkaufen ebenfalls unsere Weine zu Originalpreisen:
der Oekonom unseres Gesellschaftshauses,
Jos. Auen, Rosenstrasse 35, Ecke Rosental,
Louis Bauer, Wenzelgasse 16,
Wilh. Birkheuser, Stockenstrasse 22,
Ludw. Bröhl, Kölnstrasse 41,
Th. Broel, Arndtstrasse 34,
Johs. Hartmann, „Kronen-Drogerie“, Poststrasse 23,
Jos. Klöckner, Meckenheimerstrasse 86,
J. J. Manns, Hoflieferant, Marktbrücke 7,
Heinr. Mirgeler, Mozartstrasse 58,
G. Koethgen Nachf., (Inh. L. Vianden), Neutor 8,
Peter Simon, Heerstrasse 120,
W. J. Sondag, Kölnstrasse 2,
Chr. Schwarzenburg, Ermekeilstrasse 38,
Jos. Schaun, Poststrasse 11,
Carl Winkelmann Königstrasse 9,
In Beuel:
Frau Wwe. A. Fassbender, Wilhelmstrasse 52,
Heinrich Gilles I., Wilhelmstrasse 167,
Johannes Thiebes, Johannesstrasse 10.
In **Godesberg:** J. B. Freesmann, Hauptstrasse 17.
In Poppelsdorf:
J. Hammerschlag, Clemens-Auguststr. 5a,
Anton Langen, Jagdweg 2.

Modes.

Das Neueste in
Trauerhüten,
Krepp- und Chiffon-Schleiern,
Spitzen- und Chiffon-Schals,
Arm- und Hutflor
zeigen ergebenst an
Geschw. Arck
Fürstenstrasse 3.

Freibank zu Bonn.

Donnerstag den 25. Januar, Nachmittags von 2—5 Uhr: **Verkauf von Ochſenfleiſch** (2 Ochſen und 2 Rinder) per Pfund 35 und 50 Pfg. Kartenausgabe von nachmittags 1 Uhr an.

Die Schlachthaus-Verwaltung.

Schmerzen

rheumatiſche, Hexenſchuß, Reißen: beſte Einreibung

Salit

Wirkt nicht wie die ſpirituöſen Einreibungen nur ſchmerzablenkend durch Hautreiz, ſondern **Salit** vernichtet die Krankheitsurſache. In Apotheken Flaſchen zu M. 1,20 u. 2,—.

Zeitungs-Makulatur

Zu haben in der Geſchäftsſtelle d. Ztg. Gieſt 5, am Münſter.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit der Ziffer 52 der Preußiſchen Ausführungsanweiſung vom 10. Juli 1892 zum Krankenverſicherungsgeſetze wird hiermit zur Kenntnis der beteiligten Kaſſenmitglieder und Arbeitgeber gebracht, daß der Herr Regierungs-Präſident zu Köln durch Verfügung vom 22. Dezember 1905, AII Nr. 2012, auf Grund des § 68, Abſatz 1 des Krankenverſicherungsgeſetzes vom 10. April 1892 (R. G. Bl. S. 379) und der Ziffer 51 der Ausführungsanweiſung vom 10. Juli 1892 (Amtsblatt S. 30, Beilage) die Betriebskrankenkaſſe der Firma A. H. Stein zu Bonn aufgelöſt und als Auflöſungstag den 1. Februar 1906 beſtimmt hat.

Das nach Erledigung aller Unterſtützungs- und ſonſtigen Anſprüche verbleibende Kaſſen-Vermögen wird der Ortskrankenkaſſe für die Arbeiter der Stadtgemeinde Bonn überwieſen. Dieſer Kaſſe werden auch die von der Firma A. H. Stein beſchäftigten verſicherungspflichtigen Perſonen als Mitglieder überwieſen.

Bonn, den 18. Januar 1906.
Der Oberbürgermeiſter.
J. V.: Dr. Lühl.

Gerichtl. Verkauf.

Am Freitag den 26. Jan. 1906, Vormittags 10½ Uhr, ſollen Sandkaule 15 in Bonn

1 Büffet von Eichenholz, 1 Büffetſchrank von Eichenholz, 1 Standuhr in Eichenholzgehäuſe

durch den Unterzeichneten öffentlich meiſtbietend gegen gleich bare Zahlung verſteigert werden. 405
Schulze, Gerichtsvollzieher in Bonn.

Penſionierter
Staatsbeamter
(Bureaubeamter), gewiſſenhaft, beſcheiden, wünſcht Nebenbeſchäftigung auf ganze oder halbe Tage oder angemeſſenen Vertrauenspoſten. Ang. unter F S 8578 an die Geſchäftsſtelle d. Zeitung. *6934

Für
Grobſchmiede
Flach- und Rundeiſen, billig zu verkaufen.
Viktoriaſtraße 22a.

Ein braves
Dienſtmädchen
geſucht. **Poſtſtr. 22.** [*

Geſucht
beſſ. kath. Mädchen,
nicht unter 25 Jahren, das im Haushalt und Geſchäft mit tätig iſt. Angebote sub J L 8179 an die Geſchäftsſt. ds. Bl. [886

Verkäuferin.
Tüchtige Verkäuferin der Manufaktur-, Woll- u. Seidenbranche ſucht ſofort Stellung. Angebote u. N. N. 100 poſtl. Honnef. *387

Katholiſches
Mädchen
in aller Hausarbeit und etwas Kochen erfahren ſucht Stelle in klein. Haushalt. Angebote u. E S 8581 an die Geſchäftsſtelle d. Z. *6947

Junges
Mädchen
für leichte Hausarbeit und zum Austragen geſucht. *6945
Frau Hintze, Römerplatz 6.

Suche für meine Tochter,
21 Jahre alt, welche bereits die bürgerl. Küche erlernte, Stellung in gut kath. Hauſe zur weit. Ausbildung in der fein. Küche. Angeb. unt. K. 8583 an die Geſch. [*6949

Mädchen
für alle Hausarb. zu Lichtm. geſ.
[*6951 Joſefſtraße 19.

Braves Mädchen
für alle häusliche Arbeit ſofort oder zu Lichtmeß geſucht. [*6950
Vorgebirgsſtraße 19.

In gut katholiſchem Hauſe wird zu Lichtmeß ein durchaus braves,
kath. Mädchen
für alle Hausarbeit geſucht. [*
Näheres in der Geſchäftsſtelle.

Properes kath.
Dienſtmädchen
in allen häuslichen Arbeiten erfahren, in kleinen Haushalt geſucht.
*404 **Gödenſtraße 31.**

Handwerker ſucht kleines
Haus in Bonn
welches ſich zum möbl. verm. eignet, mit Vorkaufsrecht per Mai zu miet. Angebote unter E G 8582 an die Geſchäftsſtelle. [*6952

Weſſelſtraße 16.
Groß. Geſchäftshaus
ſofort zu verkaufen, ganz oder geteilt zu vermieten. [*403
Näheres Kirchſtr. 5, 1. Etg.

Möbl. Zimmer
monatlich 10 Mark zu vermieten.
*6882 **Kölnſtraße 2a.**

---

3 Zimmer
billig zu vermieten
Sandkaule 4.

Grosses geräum. Zimmer
an einzelne Perſon zu vermieten.
[*180 Beuel, Johannesſtr. 57.

---

2 Zimmer u. Küche
nebſt ſonſtigen Bequemlichkeit. von einem kinderloſen Ehepaar per 15. Mai im nördlichen Stadtteil geſucht. Offert. mit Preisangabe unter J. S. 8566 an die Geſch. d. Ztg. *

Klein möbliertes
Zimmer
billig zu vermieten.
Hundsgaſſe 29, 1. Etage. [*

Feiner Punſch-Syrup
per Fl. M 3.50, ½ Fl. M 1.75.
Burgunder-Punſch
in hochfeiner Qualität 6835
Düſſeldorfer
Arak-Punſch
per Flaſche von M 1.70,
½ Flaſche von 1 M an.
Schweden-Punſch
von J. Cederlunds Söner in Stockholm, per Flaſche M 3.80.
Batavia-Arac und Jamaika-Rum
in hochfeiner Qualität per Lit. M 3
empfiehlt auch in jedem kl. Quant.
Franz Jos. Müller,
Acherſtraße 18. Fernſprecher 712.

Blütenhonig
eingetroffen, per 1 Pfd.-Glas M 1.20,
Oſtfrieſiſcher
Honigkuchen,
Sanitätsware,
aus reinem Bienenhonig, mit und ohne Gewürz,
Cacaopulver
hochfein, per Pfd. von M. 1.20 an.
Familien-Chokolade
garantiert rein und vorzügl. Qual. per Pfd. 90 ₰, bei 5 Pfd. nur 80 Pfg.
Dem Kranken ſtets das Beſte! 6691
Süßen alten **Ungarwein** p. Ltr. von 2 M an in Flaſchen, ſowie in jedem kleineren Quantum. **Muskateller alter Gebirgswein, Lakrima Chriſti, goldgelben Malaga,** ſowie alle anderen Südweine in vorzüglicher Qualität empfiehlt **als Stärkung für Kranke und Schwache**
Franz Jos. Müller,
Acherſtraße 18. Fernſpr 712.

Großes Lager!
Garantiert echte, reine, alte
Südweine:
Cherry Gold M 1.50, 7jähr., M 1.80, 10jähr., M 2.50, **Madeira** M 2, 7jähr., M 2.50 und höher. **Koch-Madeira** M 1.60, **Portwein** von M 1.50 an bis zu den feinſten Qualitäten. **Taragona, Marſala, Malaga, gold-gelb, Malvaſia,** alles per Flaſche von M 1.50 an. Garantie für gänzliche Naturreinheit. Verkauf in Flaſchen ſowie Ausmeſſen in jedem kleineren Quantum. **Rheiniſches Verſand-Geſchäft in Kognak, Spirituoſen und Weinen** 6722
Franz Jos. Müller,
Acherſtraße 18. Fernſprecher 712.

Naturreinen 6723
Rotwein
ärztlich empfohlener
Krankenwein
die Flaſche zu 80 Pfg.
Franz Jos. Müller,
Acherſtraße 18. Fernſpr. 712

Eiswaffeln
hochfein per 100 Stück 1 Mark.
Feinſte Fantaſie-Waffeln und Franzöſiſche Miſchung, per Pfd nur M 2, **Makronen-Miſchung,** per Pfd. M 1.60, **Ruſſiſch Brot,** per Pfd. M 1.20, **Leibniz Cakes, Maizena,** per Pfd. M 1.20, **Demi-Lüne u. Albert Cakes,** per Pfd. 80 ₰,
empfiehlt alles in hochf. Qualität ſtets friſch 6928
Frz. Jos. Müller,
Acherſtr. 18,
Fernſprecher 712.

Aniſette, Pfeffermünz und Kräuterbitter
per Liter M 1.— empfiehlt in Flaſchen ſowie ausgemeſſen in jedem kleineren Quantum 6929
Franz Jos. Müller
Acherſtraße 18. Fernſpr. 712.

Täglich lebende Bachforellen
lebende **Rheinkarpfen**
per Stück 1—5 Pfd.
echten feinſten Rheinſalm, friſcher rotfleiſchiger Salm per Pfd. im Schnitt 2 Mk., in Fiſchen von 6 Pfd. aufw. p. Pfd. 1.30 M., Lachsforellen, Zander, Schleien, Rheinhecht, Aal, lebende Hummer und Oderkrebſe, friſche Oſtender Seezungen, Steinbutte, Heilbutte, Rotzungen, Schollen, Cabliau, Egmonder Schellfiſch, echte Kieler Sprotten per Pfd. 1 M., echte Kieler Roheßbückinge Stück 7 ₰, 3 Stück 20 ₰, Kiſte 30 Stück 1.90 Mk., die erſten ſüßen Monikendamer Bratbückinge p. St. 15 Pfg., hochfeine Bratbückinge per Stück 8 Pfg., Dtzd. 80 Pfg., geräucherte Lachsforellen per Pfd. 50 Pfg., Ia trockenen Stockfiſch per Pfd. 70 Pfg. Ia gewalzten Stockfiſch per Pfd. 1.20 Mk., Bismarckheringe, Rollmöpſe, Bratheringe und Sardinen, neue Superior pour miſcher Vollheringe per Stück 10 ₰, empfiehlt in nur Ia Ware
Heinrich Klein
Hoflieferant,
Brüdergaſſe 2, Fernſpr. 128.
Bei Mehrabnahme entſprech. billiger. L 426
Telegramm-Adreſſe:
Fiſchklein, Bonn.

Automatiſch wirkender
Univerſal-Trichter
(D. R. G. M. 231846 u. 239228).
Das Ueberlaufen abſolut verhindernd, von einfacher Conſtruktion, daher dauerhaft, empfiehlt
Anton Piel
Meckenheim. 6136

Kornbranntwein
feiner alter
¹/₁ Literkrug Mk. 1.—
Nordhäuser Korn
¹/₁ Literkrug Mk. 1.—
Elmendörfer
einster Korn vom alten Lager von E. F. Elmendorf
¹/₁ Literflasche Mk. 1.75
Kornbranntwein
sehr alter
von F. H. Magerfleisch
¹/₁ Literkrug Mk. 1.—
Königs-Edelperle
von C. H. König
¹/₁ Literflasche Mk. 1.75
Steinhäger Urquell
von H. C. König
¹/₁ Literkrug Mk. 1.75
Alles auch in ½ Krügen oder Flaschen vorrätig
5% Rabatt.

Spezialhaus
für
Lebensmittel
15 Bonngasse 15.
Telefon 342.

Anisette
¹/₁ Liter Flasche M. 1.25
Berliner Getreide-Kümmel
¹/₁ Liter Flasche M. 1.50
Boonekamp
¹/₁ Liter Flasche M. 2,—
Dorarosa
¹/₁ Liter Flasche M. 2.—
Kümmel
¹/₁ Liter Flasche M. 1.25
Kräuterbitter
¹/₁ Liter Flasche M. 1.50
Magenbitter
¹/₁ Liter Flasche M. 1.25
Pfeffermünz
¹/₁ Liter Flasche M. 1.25
Trester alter
¹/₁ Liter Flasche M. 1.75
Wachholder
¹/₁ Liter Flasche M. 1.25
½ Fl. entsprechend billiger.
B. Kau, Bonn,
Spezialhaus für Lebensmittel
Bonngasse 15. Telefon 342.
L 460 **5% Rabatt.**

Altes hochfeines
Schwarzwälder Kirschwasser
¹/₁ Fl. M. 2.75, ½ Fl. M. 1.50.
Zwetschenwasser altes
¹/₁ Fl. M. 2.—, ½ Fl. M. 1.10.
B. Kau, Bonn,
Spezialhaus für Lebensmittel,
Bonngasse 15. Telefon 342.

Süsse holländer
Bratbückinge
empfiehlt 132
AdolphKæuffer
Markt 16, In der Fontaine.
Fernsprecher Nr. 256.

---

ff. Lachsschinken,
zart und mild gesalzen,
Pfund M. **1.70**
empfiehlt 133
AdolphKæuffer
Markt 16, In der Fontaine.
Fernsprecher Nr. 256.

---

ff. Roastbeef und Kalbsbraten
täglich frisch gebraten
empfiehlt 134
AdolphKæuffer
Markt 16, In der Fontaine.
Fernsprecher 256.

Edamer Käse
echter vollfetter Weidekäse,
Kugel ca. 4 Pfd. 3 Mark
empfiehlt 135
AdolphKæuffer
Markt 16, In der Fontaine.
Fernsprecher 256.

Friſche
Schellfiſche
Cablau, gewäſſerte Stockfiſche zu den billigſten Tagespreiſen.
Friſche
Land-Eier
Stück 10 Pfg.
alle Colonialwaren
empfiehlt die
Gemüſe- u. Kartoffelhandlung
Peter Sarter
Bonn-Poppelsdorf
66 Sternenburgerſtraße 66.

Gas-Badeofen u. Gas-Heizofen
wegzugshalber billig zu verkaufen.
6921 **Breiteſtraße 30.**

Zahn-Institut
Joseph Dahmen,
Bonn,
Kaiserpl. 10. Kaiserpl. 10.
Spezialität:
Sorgfältigst ausgeführte künstliche Gebisse.
Sprechst. 9—12, 2—6 Uhr,
Sonn- u. Feiertags 11—1,
Für Unbemitt. tägl. 5—6.

Für die hochw.
Geiſtlichkei
empfiehlt
Leo-Collar-Krage
E. Sons & Co
Inh. L. Schmitz.

Kath. Leſehalle,
Täglich geöffnet
Abends von 7 bis 9 Uhr.
Münſterſtraße 2.

Abschrifte
Vervielfältigungen werden den billigsten Preisen u. Verschwiegenheit, sauber prompt ausgeführt.
Lieberz, Weberstr.

Hübsch
sind Alle, die eine zarte, wei Haut, rosiges, jugendfrisches Aussehen und ein Gesicht oh Sommersprossen und Hautunreinigkeiten haben, daher brauchen Sie nur
Steckenpferd-Lilienmilch-Sei
mit Schutzmarke Steckenpf
à St. 50 Pfg. b. Beethoven-Droger
L. Breunig, Hoff., Münsterpl.
A. Eiler Nachf., Wenzelgasse
G. von Denzen, Martinsplatz
A. Schneider, Wenzelgasse
Joh. Schumacher, Sternstr.
Johs. Hartmann, Poststr. 23
Filiale Lennéstrasse 61,
J. Künster, Ecke Stiftsgasse
L. Rödel, Bonnertalweg 14
in der Löwen-Apotheke, sow
Beuel: Joh. Breuer. Godes
Heinr. Hamesen.

Für
Automobiliſten
Prachtvoller Fußſack, faſt neu, zu dem billigen Preiſe von Mk. 20 zu verkaufen
D. Groos,
Mehlem. 695

Schweizer- Madeira- Madapolan- **Stickereien**
empf. in groß. Auswahl
Jos. Eiler,
Markt, g. d. Bonng. Fernſpr. 118

Compoſtierten
Dünger
hat waggonweiſe abzugeben
Johann Meyer,
Köln-Nippes, Uerdingerſtr. 11.

Gebrüder Haack,
Eiſenwarenhandlung,
Bonn, Sternſtraße 14,
Billigſte Bezugsquelle für
Handwerker in Beſchlägen u. Werkzeugen

Stückbleche
Neue Ausſchuß-Siederohre 3,80 m lang, große Partie neue Gasrohre ¾ m lang, Partie Schrauben, Ambösse und Feldſchmieden billig zu verkaufen.
Jak. Marx, Wolfſtr. 15/17, L. 448
nahe Breiteſtraße.

Bunzlauer
Stein, Irden, Porzellan, Glas, Holzwaren, ſowie bill. Feſtgeſchenke empf.
1969 **P. Piel,**
Brückenſtraße 27, an der Wenzelg.

Eiſern. Geldſchrank
10 Zentner ſchwer, iſt für 150 Mk. zu kaufen. Wo? ſagt die Geſchäftsſtelle dieſer Zeitung. 393

Pianino
in ſehr gutem Zuſtande für 250 M, ein **Harmonium** für 65 M abzugeben. Kölner Chauſſee 16. 6933

Kinderwagen und einfache Sportwagen, gut erhalten, billig zu verkaufen. **Stiftsgaſſe 8, 2. Etage.**

Treibſalatpflanzen
Anfang Februar lieferbar
Quirin Vohs, Venusbergerweg 9.

12,000 Katholiken und nur eine Notkapelle für 500! Um ein Scherflein zu Ehren des Chriſtkindes und ſeines 1. Pflegevaters herzlichſt L 452 Joſephskirche bittet
Berlin, N., Feldſtr. 4.
E. Cortain, Pfarrer.

Verlag von P. Hauptmann. — Verantwortlich für den redaktionellen Teil Dr. jur. H. Trimborn in Bonn. — Rotationsdruck der P. Hauptmannſchen Buchdruckerei in Bonn.